



Vereinigung

Schweiz-Zimbabwe

Swiss-Zimbabwean Friendship Association

Rundbrief / Newsletter Nr. 56, November 2010

Editorial

Wohin treibt Zimbabwe? Diese Frage stellen sich wohl alle FreundInnen Zimbabwes. Vor zwei Jahren startete die gemeinsame Regierung der drei Parteien MDC, MDC-T und Zanu-PF, die sich bis dahin bekämpft hatten. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die vor allem von Zanu-PF ausgegangen waren, konnten damit beendet werden.

Trotz aller Mängel der gemeinsamen Regierung: Das Leben ist besser als vor zwei Jahren, dies geht aus allen Berichten hervor. Die Angst vor der Gewalt ist weg, Schule, Spitäler und Verwaltung funktionieren wieder, wenn auch auf einem niederen Niveau. Mit dem US-Dollar als Währung ist auch die Finanzwirtschaft verlässlicher geworden. Allerdings sind nach wie vor viele Vereinbarungen der gemeinsamen Regierung nicht umgesetzt worden und Polizei und Militär schikanieren und verprügeln immer wieder MDC-Anhänger oder friedliche Demonstranten.

Mugabe ist nach wie vor unberechenbar und gebärdet sich als Alleinherrscher. Er zeigt sich zwar auch mit Tsvangirai von der MDC in der Öffentlichkeit, aber seine einseitige Ankündigung von Wahlen im nächsten Jahr klingt für viele wie eine Drohung, dass wieder eine Zeit der Gewalt kommt.

Die grossen Diamantenfelder, die in Marange gefunden wurden, machen Hoffnung, dass Zimbabwe einen Wirtschaftsmotor gefunden hat – wenn Mittel und Wege gefunden werden, dass nicht das ganze von den Diamanten

generierte Geld in den privaten Taschen der Politiker verschwindet. Norwegen beispielsweise macht mit den Öleinnahmen vor, wie es auch anders geht. Im letzten Rundbrief haben wir die Artikel über die Diamanten noch eingeleitet als „eine richtige Räubergeschichte“. Die Fortsetzung folgt in dieser Nummer. In dieser Nummer bringen wir erfreulicherweise auch viele interessante Artikel auf Deutsch. Gute Lektüre

Gertrud Baud, Mitglied des Vorstandes

Was nun, Zimbabwe?

Gute und schlechte Nachrichten aus Zimbabwe

Ruth Weiss

Zuerst die guten: Die Landreform, die seit 2000 etwa 4000 weiße Grossfarmen enteignete und ein Heer Landarbeiter obdachlos machte, entwickelte eine Eigendynamik - trotz Chaos und Menschenrechtsverletzungen. Laut neuen Studien * erhielten über 160'000 Haushalte etwa 8 Mio Hektar Land – 145'000 Kleinbauern, 16'500 kommerzielle Grossbauern. Obwohl die Elite sich lukrative Farmen aneignete, profitierten auch Beamte wie Polizisten, Soldaten und andere, sowie Kleinbauern und Landlose. Neue Produktions- und Vermarktungsstrukturen passten sich an, auch wenn die radikalen Veränderungen weiter enorme Probleme verursachen: Noch sind über 1 Mio Menschen bis zur nächsten Ernte dem Hunger ausgesetzt.

Einige Neusiedler fassten gut Fuß, andere kamen einigermaßen zurecht, andere kommen gerade über die Runden, für andere bedeutet Land ein Zweiteinkommen. Exportprodukte wie Tabak, Kaffee, Zucker nahmen ab, sind jedoch nicht total verschwunden. Die Grundnahrung Mais hat stark gelitten, dafür pflanzten Kleinbauern andere Getreidesorten, Erdnüsse und Bohnen an. In der Provinz Masvingo wurde in kleinen und mittelgroßen Betrieben unter anderem erfolgreich Baumwolle, Ölsaaten und Zuckerrohr erfolgreich angepflanzt und Viehzucht mit Rindern, Schafen und Ziegen betrieben. Neusiedler leiden vor allem unter Kapitalschwäche und unzulänglichen Produktionsmitteln. Dazu ist die gesetzliche Lage nicht geklärt. Die ehemaligen Grossfarmer werden das Land, ihre hohen Investitionen und Ausrüstung, nicht zurück erhalten, auch wenn das SADC-Tribunal zustimmt, dass sie gesetzwidrig enteignet wurden. Die Grossfarmer können nur noch hoffen, später wenigstens zum Teil entschädigt zu werden.

Gleichzeitig vermehrten sich im letzten Monat Angriffe auf die wenigen übrig gebliebenen Ländereien weisser Farmer - was zu den schlechten Nachrichten gehört. Anscheinend wird die wacklige Koalition, die im Septem-

Inhalt

Editorial	1
Was nun, Zimbabwe	1
Machtteilung und Menschenrechte in Afrika: Kenia und Zimbabwe	4
Jugend und Gesellschaft: Umbruch und Konflikt	6
Stimmungsbild aus Gweru: Industrie, Korruption	8
Ein Land oder zwei Länder?	9
Mein Zimbabwe-Trip im August	10
Zimbabwe: Augenschein nach 14 Jahren	11
HIV-Patients forced to pay or go without	12
Diamanten: Reichtum könnte Land verändern; violence, intimidation to seize control; diamond- whistleblower freed; Marange's field of broken dreams; ban on Zim-diamonds; secret auction	13
Zivilgesellschaft: Woza and Moza commemorate intern. peace day; women and men released	19
Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika KEESA	20
Jahresbeitrag, Impressum, Unsere Quellen	20

ber 2008 von der ehemaligen Regierungspartei Zanu-PF mit den zwei Fraktionen des Movement for Democratic Change (MDC) gebildet wurde, im Februar enden wird. Eventuell kommt es zu den aggressiven Überfällen, weil Einige meinen, es ist vor den Neuwahlen ihre letzte Chance, sich Land anzueignen.

Am 4. Oktober platzte endlich Premierminister Morgan Tsvangirai, Führer der größeren MDC Fraktion, die Geduld mit seinem Koalitionspartner Präsident Robert Mugabe. Zwei Jahre lang erlebte er, wie Mugabe übersah, dass er nicht mehr Alleinherrschend war; erfuhr er regelmäßige Beleidigungen der Zanu-PF-treuen Medien, während Pro-Mugabe-Sicherheitsorgane MDC Anhänger drangsalierten.

Zu lange schwieg der Premier, während Mugabe gegen Abmachungen verstieß ihn nicht als gleichgestellten Partner würdigte. Selbst zu Komplimenten ließ sich Tsvangirai hinreißen. Bis eben zu jenem Oktober-Montag, als Mugabe ihm mitteilte, am Tag zuvor hätte er im Alleingang zehn Provinzgouverneure ernannt. Das war ein Verstoss gegen das Globale Politische Abkommen (GPA), das Mugabe, Tsvangirai und die kleinere von Arthur Mutambara geführte MDC-T unterschrieben hatten und das zur Koalition führte, obwohl MDC, nicht Zanu-PF, im März den Wahlsieg davon getragen hatte.

Tsvangirai ging wütend und mit deutlichen Worten, die wie eine Kriegserklärung klangen, an die Öffentlichkeit, obwohl er sagte, er würde die Koalition nicht beenden. Er befinde sich im Krieg, um Demokratie und „real change“, wirkliche Veränderungen, herbeizuführen. Das GPA hätte er akzeptiert, um die von Mugabes Partei damals ausgehende Gewalt gegen die Bevölkerung zu beenden. Er war bereit, mit Mugabe zusammen zu arbeiten, um diesem zu ermöglichen, Fehler zu korrigieren. Doch „Mr. Mugabe“ hätte das ihm entgegen gebrachte Vertrauen verraten.

Der Ärger des Premierministers ist verständlich. So weigert sich Präsident Robert Mugabe seit 2008, drei umstrittene GPA-Aufgaben zu erfüllen: Den von MDC ernannten stellvertretenden Agrarminister Roy Bennet zu vereidigen und zwei umstrittene Beamte, Staatsanwalt Johannes Tomana und Gideon Gono, Chef der Zentralbank, zu entlassen. Den Fall Bennet erwähnte Tsvangirai in seiner Erklärung. Mugabe wollte ihn vereidigen, sobald das Gericht ihn von - fadenscheinigen - Anklagen freisprechen würde. Nach dem Freispruch erfolgte keine Vereidigung, bis Mugabe nun am 4. Oktober unumwunden sagte, er würde es nie tun. Nach Tsvangirai ist das persönliche Rache und Teil eines „rassistischen Programms“.

Mugabe erklärte seine Verstöße gegen das GPA mit der Behauptung, er würde MDC keine „Konzessionen“ machen, solange westliche Sanktionen gegen ihn und etwa 200 seines inneren Kreises bestehen – sogenannte „smart“ Sanktionen, die laut Mugabe die Wirtschaft zerstört hätten. Tsvangirai erwiderte mit Recht, die Betroffenen hätten die Sanktionen, die keineswegs die Wirtschaft betreffen, wegen Menschenrechtverletzungen auf sich gezogen. Trotzdem hätte er sich für die Beendigung der Massnahmen eingesetzt, da diese auf Kreditbewilligungen einwirkten.

Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma, Vermittler des Zimbabwe Disput für SADC (South African Development Community) hatte den Parteien ein Ultimatum bis September zur Beseitigung strittiger Fragen gesetzt, das nicht eingehalten wurde. Es war während des Gesprächs der drei Parteiführer über das Ergebnis des SADC-September-Treffens, bei dem Tsvangirai der Krage platzte, als er von der Ernennung der Gouverneure erfuhr. Diese Einstellungen, sowie frühere Ernennungen von fünf Richtern, sechs Botschaftern und der Polizeikommission, die Mugabe allein tätigte, sowie die Stellen von Gono und Tomana, seien ungültig, erklärte Tsvangirai. Er informierte daraufhin die betroffenen Länder von der Ungültigkeit der Einstellung von Botschaftern. Ähnliche Briefe gingen an betroffene Behörden innerhalb des Landes, wie etwa an den obersten Richter.

Zanu-PF erklärte sofort, der Präsident hätte allein das Recht, derartige Ernennungen vorzunehmen – trotz des GPA-Wortlauts, dass " die ausführende Autorität dem Präsidenten und Premier-Minister zugeteilt und zwischen ihnen geteilt ist" („ the executive authority of the inclusive government shall vest in and be shared among, the President and Prime Minister.“) Zumas Vermittler-Team, das zweimal kurz nach Tsvangirais öffentlicher Entrüstung nach Harare reiste, bewerkstelligte nichts, jedenfalls nichts, was an die Öffentlichkeit geriet. Südafrika würde die Legalität des Botschafters von Zimbabwe nicht in Frage stellen, erklärte ein Mitglied des Vermittlerteams. Auch die UN lehnte es ab, die Akkreditierung des Vertreters von Zimbabwe zu annullieren.

Mugabe reagierte, indem er erklärte, das GPA würde im Februar auslaufen und er würde es keinesfalls erneuern. Eine Volksabstimmung über die neue Verfassung soll im Juni stattfinden, danach sollen Wahlen abgehalten werden. Mit anderen Worten: Es ist ihm egal, dass das Land noch nicht für Neuwahlen bereit ist. Die geplanten Reformen sind nicht alle ausgeführt, die chaotischen, zum Teil gefälschten Wahllisten sind nicht saniert.

Die „Crisis in Zimbabwe Coalition“, die 60 Gruppen der Zivilgesellschaft vereinigt, fordert, dass SADC mit Hilfe der African Union den Wahlkampf über drei Monate vor dem Wahltag überwacht. Das wäre bitter nötig, denn Mugabe und Zanu-PF tun bereits alles, um die nächste Wahl zu gewinnen. Am Tag nach Tsvangirais Pressekonferenz traf sich Mugabe in einer Armee-Baracke mit traditionellen Häuptlingen, neuen Landbesitzern und Armeekommandeuren und entwarf einen Plan, wie er im Fall der kommenden Wahlen an der Macht bleiben könnte.

Bahnt sich eine Wiederholung der gewalttätigen Monate von 2008 an, die zum Tod von über 200 Oppositionsanhängern führten? Tsvangirai erwähnte „Elemente“ der Sicherheitskräfte und Staatsorgane, die im Auftrag von Zanu-PF in den letzten Monaten erneut das Land terrorisierten. Öffentliche Versammlungen des Constitutional Parliamentary Committee (Copac) sollten theoretisch ab Juni überall abgehalten werden, um Vorschläge und Meinungen aller ZimbabweInnen zur neuen Verfassung anzuhören. In der Praxis bereitete Zanu-PF Vorschläge sowie Antworten vor, den Versammlungsteilnehmerinnen wurde befohlen, nur diese zu benutzen. Militär- oder Polizei-

präsenz erschwerten oder verhinderten gewaltsam Zusammenkünfte, sodass über tausend unterbrochen oder abgesagt wurden. MDC-Teilnehmer wurden massiv eingeschüchert. So unterbrachen etwa am 20. September Zanu-PF Schläger, die nach Harare eingeschleust wurden, 45 Copac-Treffen und schlugen brutal auf TeilnehmerInnen ein. Ein Mann kam ums Leben, andere landeten im Krankenhaus. Erschreckend war die Rolle anwesender Polizisten, die tatenlos zusahen. Aber das ist noch nicht genug: Nach zwei MDC-Zeugen, die den Tod des erschlagenen Teilnehmers meldeten, wurde gefahndet, weil sie mordverdächtig seien.

Im September wurden bei einer friedlichen Demonstration 83 Mitglieder der Frauenorganisation WOZA festgenommen. Sie verbrachten ohne Anklage zwei Nächte in menschenunwürdigen Polizeizellen ohne Verpflegung. Jabulani Sibanda, sogenannter Kriegsveteran, versetzte monatelang die Provinz Masvingo unter enormen Druck, um die Teilnahme der Bevölkerung an seinen Versammlungen zu erzwingen. Die Polizei erhob keinen Einspruch. Sibanda, 1970 geboren, ist eigentlich zu jung, um im Befreiungskrieg gekämpft zu haben.

Ein Bericht von MDC-T von Ende September listete 50 gewalttätige Vorfälle im Lauf der letzten drei Monate auf, verübt von Kriegsveteranen, Polizisten, Geheimpolizisten, Soldaten, Häuptlingen und jugendlichen Militanten. Laut diesem Bericht sind erneut Militärlager zur Ausbildung von Zanu-PF-Jugendlichen eingerichtet worden. In solchen Lagern wurden vor den Wahlen 2008 Gegner Mugabes gefoltert und sogar ermordet. Tsvangirai fordert in seiner Erklärung die südafrikanische Regierung auf, den Bericht ehemaliger Generäle über die Gewalttätigkeiten zur Zeit der Wahlen 2008 zu veröffentlichen.

Analytiker glauben, dass die eigentliche Macht nicht bei den Politikern liegt, sondern bei den Befehlshabern der Sicherheitskräfte, einschließend der gefürchteten Central Intelligence Organisation (CIO), des Geheimdienstes. Diese profitierten von ihrer Loyalität zu Mugabe. Theoretisch sollte das Joint Military Command (gemeinsame Militärkommando), das während der Zanu-PF-Regierung das Sagen hatte, unter dem GPA aufgelöst werden, aber es besteht weiter. Schon 2000 erklärten Generäle, sie würden nur einen Präsidenten respektieren, der gegen die Weißen gekämpft hat, was Tsvangirai ausschließt. Angeblich wiederholten sie nun diese Absicht. Um eine Demokratie zu ermöglichen, müssten diese Mächtigen beschwichtigt werden - eventuell mit einer Amnestie.

Die Wirtschaft erholt sich nur langsam. Laut einer Erklärung des Finanzministers Tendai Biti erhöht sich Zimbab-

wes ausländische Schuld um US\$ 300 Mio. pro Jahr. Insgesamt ist Zimbabwe mit der enormen Summe von US\$ 6.7 Mrd. verschuldet. Theoretisch sollte das Land in der Lage sein, sich selbst von dieser Schuldenlast zu befreien, da 2006 ein bemerkenswerter Diamantenreichtum in der Nähe von Mutare, in Marange, gefunden wurde. Doch die Staatskasse profitierte lange nicht davon, und auch jetzt nur zu einem kleinen Teil. Ein chaotischer Diamantenrausch fand nach der Entdeckung statt, an dem Tausende kleiner Diamantensucher und hunderte von Händlern beteiligt waren. Polizei und Militärs griffen ein. Letztere gingen brutal vor, töteten etwa 200 Menschen, schlugen andere erbarmungslos, zwangen Dorfbewohner, ohne Entlohnung zu arbeiten und vertrieben die anderen. Steine mussten an Soldaten täglich abgeliefert werden. Offiziere sowie die Elite von Zanu-PF profitierten



massiv. Die Debatte, ob es sich bei den Diamanten um „Blutsteine“ gemäß Definition des Kimberley Prozesses der Diamantenindustrie handelt, ist nicht ganz geklärt.

Menschenrechtsverletzungen im Diamantengebiet finden weiter statt. Die zwei vom Staat lizenzierten Firmen, die inzwischen Diamanten ausbeuten, sind in den Händen der alten Elite, einschließend Mugabe und Ehefrau. Das Militär profitiert ebenfalls. Die Gewinne gehen zum Teil in eine Kriegskasse der Zanu-PF, die für die kommenden Wahlen aufgestockt wird. Ein Landungsfeld in der Nähe der Diamantenfelder ermöglicht unter anderem geheime Waffenlieferungen. Ominöse Zeichen für den Wahlkampf.

*Ben Cousins, Afrika Süd 2 2010; Zimbabwe Land Reform, Myths and Realities, Weaver Press

(22. Oktober 2010. Ruth Weiss lebte lange Jahre in Afrika und arbeitete als Wirtschaftsjournalistin u.a. für den Guardian und die Financial Times.)

Machtteilung und Menschenrechte in Afrika – Der Fall von Kenia und Zimbabwe

Marlon Zakeyo

Im Februar 2008 trafen sich Kenyas vormalige politischen Gegenspieler zur Unterzeichnung eines Einheitspaktes, was zur Bildung einer Einheitsregierung führte und eine Gewaltorgie beendete, die innerhalb von nur zwei Monaten im ganzen ostafrikanischen Land über 1'000 Todesopfer gefordert hatte. Sieben Monate später trafen sich weiter im Süden Zimbabwes politische Widersacher, Robert Mugabe und Morgan Tsvangirai sowie Arthur Mutambara zur Unterzeichnung des „Global Political Agreement“ (GPA) zur Bildung einer Einheitsregierung (inclusive Government: IG) um damit eine Welle tödlicher politischer Gewalt und politischer Blockaden im Land zu überwinden. In beiden Ländern haben afrikanische Politiker, unterstützt durch regionale politische Gruppierungen, die Verhandlungen unterstützt. Für unverbesserliche Optimisten bedeuteten die Verhandlungslösungen in Kenia und Zimbabwe einen Triumph der Verfechter des Anliegens „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“, während andererseits kompromisslose Menschenrechtsaktivisten die Aushebelung demokratischer Wahlverfahren und ein Rechtssystem, geprägt von elitärem Kuhhandel, beklagen. Zwei Jahre später haben Gruppen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler überall auf dem Kontinent den Erfolg dieser Regierungen mit geteilter Macht analysiert und darüber debattiert, ob diese Regierungsart ein Modell für Konfliktlösungen in Afrika darstellen könnte.

Im September 2010 haben das „Zimbabwe Advocacy Office“, die „Internationale Juristenkommission“ und die „Zimbabwe Menschenrechtsanwälte“ am Sitz der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf ein Seminar über Regierungen der Nationalen Einheit, Übergangsprozesse und Menschenrechte abgehalten. Mit Blick auf Kenia und Zimbabwe haben sich Aktivisten aus beiden Ländern mit Fragen beschäftigt wie: Haben die Regierungen mit geteilter Macht in Kenia und Zimbabwe geholfen, die Kultur politischer Gewalt und Auseinandersetzung auszurotten, haben sie die Lebensqualität der Normalbürger verbessert, zur Stabilisierung und Sanierung der schwachen Volkswirtschaften beigetragen, zu einem starken Fundament in Bezug auf die Menschenrechte und die Rechtsprechung geführt?

Delegierte aus Zimbabwes Zivilgesellschaft hoben hervor, dass einfache Bürger die Unterzeichnung des GPA mit vorsichtigem Optimismus begrüsst hatten. Doch zwei Jahre später hat das Experiment in einer Mehrzahl der Fälle nicht zu den versprochenen Reformen geführt. Nach einem Befund des Überwachungsverfahrens der Zivilgesellschaft (Civil Society Monitoring Mechanism CISOMM) gehören die Verminderung von offenkundiger politischer Gewalt, Mordtaten und unrechtmässigen Verhaftungen zu den Errungenschaften der Einheitsregierung. Zu Beginn der Amtsperiode gelang es vielen NGOs, ihre Bewegungsfreiheit wieder zu erweitern und auf Gebieten aktiv zu werden, welche von der ZANU PF Miliz während langer Zeit als Tabuzonen betrachtet worden waren. In einem bescheidenen Ausmass erlebte Zimbabwe zudem die Wiederherstellung sozio-ökonomischer Rechte, besonders auf den Gebieten Gesundheit, Nahrung und Bildung. Viele öffentliche Spitäler und Kliniken wurden wieder eröff-

net und Teile des medizinischen Fachpersonals kehrten zur Arbeit zurück. Schulen und Universitäten, die beinahe zwei Jahre lang geschlossen waren, wurden ebenfalls wiedereröffnet. Die Währungsreform und andere Neuerungen in der Wirtschaftspolitik halfen, Zimbabwes Weltrekord der Hyper-Inflation zu brechen, was den Werktätigen im Land zumindest eine Prise ihrer Würde zurückgab. Auch das Angebot an Nahrungsmitteln verbesserte sich.

Trotz all dieser Verbesserungen konnten sich die Teilnehmer am GPA nicht darauf einigen, den vereinbarten und unterzeichneten Vertrag vollständig zu erfüllen. Bis vor kurzem waren einfache Zimbabwerinnen und Zimbabwer erleichtert darüber, dass mit der Einsetzung der Einheitsregierung (IG) nach beinahe einer Dekade gnadenlosen Leidens gewisse Fortschritte erzielt worden waren. Gemäss einem Aktivisten aus Masvingo hat eine grosse Mehrheit der einfachen Menschen aufgehört, den Streit zwischen der ZANU PF und MDC und die endlosen Vermittlungsbemühungen Südafrikas zu verfolgen und sich stattdessen auf ihre Aufgaben für das tägliche Überleben konzentriert, „kukiya-kiya“ mit einem Begriff der Gassensprache. Zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, haben sich die Beziehungen zwischen Präsident Robert Mugabe und Premierminister Morgan Tsvangirai weiter verschlechtert. Der Premierminister beschuldigte Mugabe, sein Vertrauen zu missbrauchen und fortzufahren, die Vertragsbestimmungen zu verletzen, indem er einseitig Botschafter, Gouverneure und andere höhere Regierungsbeamte ernenne. Mugabes kürzlicher Aufruf zu Neuwahlen im Jahre 2011, mit oder ohne neue Verfassung, und die Wiedererweckung der „Kriegsveteranen“ und der ZANU PF Miliz sind Alarmzeichen. In Schlüsselthemen wie der Ausarbeitung der neuen Verfassung, der Reformen im Sicherheitsbereich, der Legislative, des Justizwesens, bei den Medien, beim Nationalen Heilungs- und Versöhnungsprozess für Gewaltopfer, bei der Auflösung der Milizen und anderer Gewaltstrukturen der ZANU PF hat die Koalitionsregierung keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Das lässt befürchten, dass die Wahlen im kommenden Jahr ebenso blutig, wenn nicht schlimmer ausfallen werden, wie jene im Jahr 2008.

Während Zimbabwe Mühe bekundete, seine eigenen Termine einzuhalten, um einen friedlichen demokratischen Übergang durchzuführen, war Kenia im Grossen und Ganzen erfolgreicher. Am 4. August 2010 stimmten 66.9% der kenianischen Wähler einem Verfassungsentwurf zu, der die Grundlagen für Neuwahlen schafft und die Rahmenbedingungen für die Regierungsorganisation setzt. Die Wirtschaft des Landes ist auf dem Weg zu einer ermutigenden Erholung. Als der kenianische Menschenrechtsanwalt George Kegoro vor den Vereinten Nationen sprach, wies er darauf hin, dass der Hauptunterschied zwischen den Erfahrungen Zimbabwes und Kenias zu den Wurzeln des Konflikts zurückgeht. Im Fall Kenias folgte die Gewalt weitgehend den Stammeslinien. In Zimbabwe brauchte die amtierende Regierung Staatssicherheitskräfte und Parteimilizen, um die Opposition zu zerschlagen und gewöhnliche Bürger einzuschüchtern. Den kenianischen Sicherheitskräften dagegen gelang es, die Gewalt

zu ersticken und die Ordnung wiederherzustellen, bald nachdem die politischen Führer ihren Anhängern befohlen hatten, die Gewalthandlungen abubrechen. Beim Vergleich der Abkommen, welche die Macht in beiden Ländern aufteilten, ist Folgendes wichtig: Das Kenianische Abkommen wurde unmittelbar nach dessen Unterzeichnung ins Gesetz aufgenommen, während Zimbabwes GPA (Global Political Agreement) erst nach sechs Monaten auf der Basis des Verfassungsartikels 19 zum Gesetz wurde. In Kenia haben die Parteien der Koalitionsregierung die gesetzlichen Vorschriften der im Abkommen festgelegten Machtteilung weitgehend befolgt, was sich bei der Verfassungsreform ausgewirkt hat. Und weil das Abkommen von Anfang an vollständig ins Gesetz aufgenommen wurde, waren die Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Interpretation und die Einführung viel kleiner als in Zimbabwe. Was Zimbabwe betrifft, blockieren ZANU PF Hardliner und Sicherheitsfanatiker weiterhin die Durchführung demokratischer Reformen und frustrieren damit die MDC Reformer und die Zivilgesellschaft. Obwohl Mugabe von Gesetzes wegen verpflichtet ist, die Exekutivgewalt mit Premierminister Tsvangirai zu teilen, widersetzt er sich und handelt nach wie vor eigenmächtig.

Die Rolle des Militärs ist ein weiterer Hauptunterschied in den beiden Fällen. In Kenia blieb die Armee während der ganzen Krise unparteiisch, während die Sicherheitschefs in Zimbabwe schon immer als Anhängsel der ZANU PF arbeiteten. Das berüchtigte zentrale Einsatzkommando (Joint Operations Command), das niederträchtig verkündete, es werde Tsvangirai nie die Ehre erweisen, missachtet mit seiner Unterstützung von Mugabe und dessen Regime weiterhin den Volkswillen. Das Verfahren zur Ausarbeitung der neuen Verfassung sieht vor, die Bevölkerung nach ihren Wünschen und Erwartungen zu befragen. In diesem Prozess haben Offiziere der Armee und der Polizei entweder selber Gewaltakte begangen oder haben es zugelassen, dass ZANU-PF Milizen einfache Bürger bedroht, niedergeschlagen oder deren Versammlungen gesprengt haben, nur weil sie ihre eigenen Ansichten über die neue Verfassung ausdrücken wollten.

Die Persönlichkeitsstrukturen der politischen Führer wurden ebenfalls als Hauptursache für die Unterschiede bei der Einführung der Abkommen genannt. Während Präsident Mwai Kibaki und Premierminister Raila Odinga in der Vergangenheit in der Opposition gegen den früheren Diktator Daniel-Arap Moi zusammengearbeitet hatten, hatten Robert Mugabe und Morgan Tsvangirai keine solchen Gemeinsamkeiten. Sie waren im Gegenteil erbitterte Feinde. Einige Kader-Mitglieder aus Kibakis PNU Partei hatten früher Arbeitsbeziehungen mit ihren Mitbürgern in Odingas Orange Democratic Movement (ODM). Vielleicht hat dies der Koalitionsregierung geholfen, Wege der Zusammenarbeit zu finden. In Zimbabwe hat Premierminister Tsvangirai selber kürzlich gesagt, die Beziehung zwischen ZANU PF und dem MDC sei wie jene zwischen Wasser und Öl – die beiden können schlicht nicht zusammenfinden. Kibaki wird jetzt definitiv zurücktreten und für keine neue Regierungsperiode mehr zur Verfügung stehen, während Mugabe bereits angekündigt hat, dass er, im Alter von 87 Jahren, an den Wahlen teilnehmen wird, die er für nächstes Jahr verlangt hat. Einer der gemeinsamen Faktoren in Kenia und Zimbabwe ist jedoch das Scheitern der Übergangsregierung, die

Verbrechen gegen die Menschenrechte anzusprechen, die nach den umkämpften Wahlen verübt worden waren und den Opfern Gerechtigkeit zu bringen. Politiker beider Parteien, die in Kenia zur Gewalt aufgehetzt haben, verhindern heute gemeinsam die Reformen, die sie und andere, die gegen die Menschenrechte verstossen haben, für ihre Rolle bei den Tötungen vor Gericht bringen könnten. Obwohl der Internationale Gerichtshof für Menschenrechte auf die Regierung Druck ausübt, die Schuldigen vor Gericht zu bringen, leben Tausende von Opfern weiterhin in Angst und ohne jede Unterstützung oder Kompensation. In Zimbabwe existiert die überparteiliche Nationale Gruppe für Heilung und Versöhnung eigentlich nicht mehr. Sie ist mittellos, besitzt keine wirkliche Macht oder Legitimation, das dringende Bedürfnis nach Heilung und Versöhnung im Land anzusprechen. Die Gruppe ist in der Kanzlei des Präsidenten untergebracht und kann nicht unabhängig wirken. Gewalttäter während der Wahlen 2008 werden von der ZANU PF beschützt und begünstigt. Sie machen immer noch ungestraft die Strassen unsicher. Einige drohen ihren Opfern sogar erneut mit Gewalt. Da Zimbabwe das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs nicht ratifiziert hat, besteht kaum eine Möglichkeit, dass ein externes Gericht die Behörden von Zimbabwe zwingen könnte, die Urheber von Gewalt vor Gericht zu bringen.

Weil in Kenia und Zimbabwe nächstes Jahr wichtige Wahlen anstehen, ist es unerlässlich, dass die internationale Gemeinschaft früh handelt und ihrer Verantwortung nachkommt, Menschen in schlimmen oder unter Umständen gefährlichen Situationen zu schützen. Regionale Organisationen wie die Afrikanische Union und SADC, die für das GPA bürgen, waren nicht sehr erfolgreich, Mugabe und andere afrikanische Diktatoren für Verstösse gegen die Menschenrechte verantwortlich zu machen. Es entspricht deshalb einem grossen Bedürfnis, freie und faire Wahlen zu verlangen und einen friedlichen Übergang der Macht an den wirklichen Gewinner sicherstellen. Nach der Gewalt und den Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Wahlen in Kenia, Zimbabwe, Madagaskar, Guinea, Elfenbeinküste und anderen Ländern ist es klar, dass Stabilität und Wohlergehen der afrikanischen Länder auf lange Sicht vor allem davon abhängt, wie demokratisch – fair und effizient – die Wahlen und die Übergabe der Macht von einer Regierung an die nächste durchgeführt werden. Das Experiment mit afrikanischen Regierungen, welche die Macht teilen, ist ganz klar fehlgeschlagen. Versuche, dieses System in andere afrikanische Länder zu exportieren, sind zu vermeiden. Arnold Tsunga, der mehrfach ausgezeichnete zimbabwische Anwalt für Menschenrechte, fasst das Problem ziemlich gut zusammen, wenn er sagt: "Erzwungene Regierungen der Nationalen Einheit, die nach umstrittenen Wahlen entstehen, stellen eine Missachtung des demokratischen Wahlprozesses und eine Gefahr für die afrikanische Demokratie dar. Sie müssen eine Ausnahme bleiben und dürfen nicht zur Regel werden.

(November 2010. Marlon Zakeyo ist Menschenrechtsanwalt. Zurzeit arbeitet er als Koordinator des „Zimbabwe Advocacy Office“ in Genf. – Kontakt: wscf.zimadvocacy@gmail.com. Übersetzung: Verena Grob/Walter Huwyler)

Jugend und Gesellschaft – ein durch Umbruch und Konflikt geprägtes Verhältnis

Barbara Müller

„Die Jungen wissen nicht mehr was sich gehört“ – diese Klage kriegt man in Zimbabwe oft zu hören. Sie widerspiegelt einen ausgeprägten Generationenkonflikt, der das Resultat der in kurzer Zeit erfolgten Modernisierung ist, einer Bewegung weg von einer weitgehend agrarisch geprägten Gesellschaft hin zu einer urbanen und globalisierten Kultur. Das Leben auf dem Land orientierte sich an einer rigiden Alters- und Geschlechterhierarchie, die durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgten Veränderungen aufgebrochen wurde. Wie reagieren junge Menschen auf diese Herausforderung, woran können sie sich heute orientieren?

Die zimbabwische Tradition fordert, dass die Jungen den Älteren Respekt schulden, dass die Jungen sich ohne Widerrede unterordnen. Sie haben weder Anspruch auf Gehör noch auf Mitsprache. In der Gegenwart von Älteren



haben Jüngere zu schweigen und sollen sich nur äussern, wenn sie dazu aufgefordert werden. Das Befolgen dieser Regel lässt sich in zimbabwischen Familien ohne weiteres beobachten. Die Autorität der Alten ist also praktisch absolut, wie sich auch an der Stellung von Mugabe ablesen lässt, dem niemand zu widersprechen wagt - unter anderem auch aufgrund seines hohen Alters.

Diese Tradition steht in Verbindung mit den traditionellen Vorstellungen bezüglich des Ahnenkultes, die Shona und Ndebele teilen. Denn es sind die Alten, die den für das Wohlergehen einer Familie so wichtigen Kontakt zu den Ahnen herstellen, damit diese ihren Nachfahren wohlgesinnt bleiben. Die Jungen müssen erst lernen, wie man sich zu verhalten hat, damit diese Verbindung nicht gefährdet wird.

Für die Chiefs stellten die jungen Männer aber auch eine Konkurrenz dar. Diese übten ihre Herrschaft durch die Kontrolle über Frauen aus. Junge Männer stellten in diesem Zusammenhang eine latente Bedrohung ihrer Herrschaft dar und mussten in Schach gehalten werden. Junge Frauen hingegen wurden von Vätern und Brüdern in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Durch ihre Verheiratung wollte die Familie Verbindungen mit anderen Familien eingehen und Lobola (Brautpreis) erhalten. Mit zunehmendem Alter stiegen auch Einfluss und Macht der Frauen, besonders in ihrer Stellung als Bruderschwester und

Schwiegermutter.

Problematische Unterordnung der Jugend

Die gesellschaftlich eingeforderte Unterordnung ist besonders problematisch in einer Situation, die nicht nur durch eine politische, sondern auch durch eine moralische und Werte-Krise gekennzeichnet ist, wie das im heutigen Zimbabwe der Fall ist. Die politische Elite, die ebenso wie die Älteren bedingungslose Gefolgschaft fordert, bereichert sich schamlos auf Kosten des Volkes. Anstatt für die Bevölkerung zu sorgen, versucht sie ihre Pfründe durch Einschüchterung, Terror, Korruption und Patronage zu verteidigen. Dass die „Chiefs“ (die ZANU PF-Politiker) über dem Gesetz stehen, ist jedem Kind in Zimbabwe klar. Für die jungen Menschen in Zimbabwe bedeutet dies, dass es kaum öffentlich sichtbare Rollenvorbilder gibt, denen es sich nachzueifern lohnte.

Ich konzentriere mich in diesem Text auf die veränderten Beziehungen zwischen den Generationen, ohne Berücksichtigung der Geschlechterproblematik. Wie in vielen Ländern des Südens stellen die jungen Menschen auch in Zimbabwe - ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen im Norden - die Mehrheit der Bevölkerung dar. Diese Tatsache wird zusätzlich verschärft durch die Auswirkungen der HIV&Aids-Pandemie, die vor allem die Generation der Eltern dahingerafft hat.

Der aktuellen Generation von jungen Menschen fehlen die Erwachsenen, zählen doch allein die Aidswaisen eine Million. Die Erwachsenen fehlen als Eltern und Verwandte, die um Rat angegangen werden könnten, sie fehlen als Rollenvorbilder und sie fehlen als Ressourcen für Kinderbetreuung, Jobs, Starthilfen in den Beruf. Jugendliche und junge Erwachsene finden sich in ihrer Not oft allein. Wer bei Verwandten untergebracht ist, wird nicht selten schlecht behandelt. Durch den Tod der Eltern traumatisierte Jugendliche benötigten dringend psychosoziale Unterstützung, die nur allzu oft ausbleibt. Auch denjenigen Jungen, die ins Ausland emigriert sind, fehlt dort der Rat und die Unterstützung von Erwachsenen. Sie leben und arbeiten – zumeist unter sehr schwierigen Bedingungen – im Bewusstsein, dass sie nicht zurück gehen können, weil die Familie von ihren Zahlungen lebt und wenig Verständnis für ihre Probleme aufbringt.

Frustrierte Jugend

Der traditionellen Ordnung der Dinge stehen neuere Entwicklungen entgegen. Die unter 35-Jährigen machen heute mehr als 60 Prozent der zimbabwischen Bevölkerung aus. Diese Generation ist zumeist besser ausgebildet als die Eltern, sie sind mobil, ziehen in die Städte oder in die Diaspora. Ihr Orientierungsmaßstab ist die globalisierte Jugendkultur. Diese Lebensrealität steht in krassem Gegensatz zur Stellung der jungen Menschen in der Gesellschaft, wo sie marginalisiert sind.

Dabei ist die Jugend am Stärksten von der hohen Arbeitslosigkeit betroffen, die auch nach der Einsetzung der

Koalitionsregierung noch immer 80 Prozent beträgt. Das macht junge Männer und Frauen abhängig von ihren Familien, denen sie auch mit 25, 30 oder gar 35 Jahren noch immer auf der Tasche liegen. Sie haben kaum Perspektiven für die Zukunft, keine Aussicht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Dies führt zu enormen Spannungen in den Familien. Viele junge Männer und Frauen weichen in die Schattenwirtschaft aus und versuchen, sich mit kleinen Jobs über Wasser zu halten. Einigen erscheint der Schritt über die Grenze als Ausweg, andere geraten auf der Suche nach Alternativen in die Kleinkriminalität oder in die Prostitution. Ihre Frustration ist gross. Viele von ihnen müssen mit Gefühlen der Ohnmacht und Minderwertigkeit fertig werden und können sich nirgends behaupten und Anerkennung finden.

Auf der politischen Ebene sehen sie sich dem bald 87jährigen Präsidenten und dessen Entourage der gleichen Generation gegenüber, der bei den nächsten Präsidentschaftswahlen erneut kandidieren will und nicht ans Abdanken denkt. Sie haben keine Möglichkeit, sich politisch zu artikulieren und Gehör zu finden. Die „Jugendverbände“ von Parteien und auch Kirchen werden von älteren Semestern angeführt. Es gibt keine Plattformen für Junge, ihre Stimme wird nicht gehört.

Dabei gibt es durchaus Beispiele für die Herausforderung des Etablierten durch die Jugend. Der Befreiungskampf wurde weitgehend durch junge Zimbabwerinnen und Zimbabwer getragen, welche in den 70er Jahren in grosser Zahl die Grenze in die Nachbarländer überschritten und gegen die Herrschaft der weissen Minderheit rebellierten, indem sie sich den Befreiungsbewegungen anschlossen. Diejenigen, die zurückblieben, dienten den Kämpfern als lokale Helferinnen (Chimbwido) und Helfer (Mujibwa). Diese aktive Rolle der Jungen wurde auch damals von vielen Chiefs als Herausforderung ihrer Autorität angesehen. In diesem Sinne hat bereits der Befreiungskampf das althergebrachte Verhältnis zwischen den Generationen in Frage gestellt.

Die politischen Parteien, besonders die ZANU-PF rekrutiert ihre Schläger unter den Jungen. Die PolitikerInnen versprechen ihnen Jobs, geben ihnen Geld, Alkohol und Drogen und lassen sie die Dreckarbeit erledigen. In solchen Situationen erleben die jugendlichen Schläger für einmal ein Gefühl der Macht, mit dem sie ihre Gefühle von Ohnmacht und Minderwertigkeit kompensieren können. Als „Green Bombers“ (Absolventen des National Service) sind sie legitimiert, wenn sie sich für erlittene Demütigungen an Älteren und Höhergestellten rächen. Deshalb ist die Jugend im Diskurs der älteren Generation, der Generation des Befreiungskampfes, verdorben, es fehlt ihr die Disziplin, der Respekt vor den Älteren.

Die 1999 gegründete Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) stellte, 19 Jahre nach der faktischen Alleinherrschaft durch die ZANU-PF, einen wichtigen Faktor für Veränderung in Zimbabwe dar. Sie forderte die Hegemonie der ZANU-PF in der politischen Arena als neue Kraft heraus. Dabei bildete vor allem die städtische Jugend zusammen mit den Gewerkschaften und der Stadtbevölkerung im Allgemeinen die numerische Basis dieser Partei. Als die Regierung im Jahr 2005 die Operation Murambatsvina durchführte, hatte sie vor allem die

junge Bevölkerung im Visier, diejenigen, die der ZANU-PF mit ihrer Stimme für die Opposition im städtischen Umfeld eine Wahlniederlage bereitet hatten. Unter dem Vorwand der Stadtsanierung wurde die Lebensgrundlage dieses Teils der Bevölkerung zerstört, die kleinen Hinterhofwerkstätten und Verkaufsstände, die informellen Häuser und Hütten, in denen die neu Zugezogenen lebten.

Die Stimme der Jugend

Auf dem Hintergrund dieser Gegebenheiten sind in den letzten Jahren viele Jugendorganisationen entstanden. Sie bringen die Forderung der Jugend nach sozialpolitischer Artikulation, nach Partizipation und nach Veränderung zum Ausdruck. Diese Organisationen machen sich in verschiedenen Bereichen bemerkbar: Mit Sozialeinsätzen, Sport, Debatten, kulturellen Aktivitäten; immer mehr formulieren sie aber auch Ansprüche und Forderungen, werden vorstellig bei Behörden und politischen Gremien. Sie stellen Gesuche für Bewilligungen, legen Rekurs gegen abschlägige Bescheide ein, initiieren kommunale Aufräumaktionen, engagieren sich für misshandelte Kinder, verlangen Mitsprache und Einbezug bei Anliegen von nationaler Bedeutung, werden bei parlamentarischen Komitees und Ministern vorstellig. All dies ist neu und von grosser Bedeutung für die Integration der jungen Bevölkerung in die nationale Politik.

Ein Katalysator dieser Entwicklung war der Youth Empowerment and Transformation Trust YETT, der 2004 als Initiative von drei Schweizer Organisationen (Bethlehem Mission Immensee, HEKS und fepa) mit Unterstützung des Departements für Auswärtige Angelegenheiten ins Leben gerufen wurde. YETT arbeitet heute mit rund 30 Jugendorganisationen verschiedenster Art zusammen – von der ländlichen Jugendgruppe bis zur landesweit agierenden Studierendenorganisation. In den vergangenen Jahren hat YETT eine Basis von Führungspersonlichkeiten im Jugendsektor herangebildet, die heute über ihre Organisationen in der Lage sind, die Stimme der Jugend auch auf nationaler Ebene einzubringen. YETT hat den Dialog mit der Koalitionsregierung seit deren Einsetzung im Februar 2009 aufgenommen und den Einbezug von Jugendvertretern bei allen wichtigen Fragen gefordert. YETT stellt auch Forderungen bezüglich der Jugendpolitik der Regierung und verlangt, dass Jugendanliegen, wie zum Beispiel die Schaffung von Arbeitsplätzen, im Budget angemessen berücksichtigt werden. JugendvertreterInnen sollten auch bei der Diskussion über die neue Verfassung beigezogen werden und auch bezüglich der Nationalen Heilung nicht übergangen werden. Es ist bemerkenswert, in wie vielen Bereichen die JugendvertreterInnen in kurzer Zeit aktiv geworden sind und ihre Standpunkte formulierten und vortrugen.

(Basel, 31. Oktober 2010. Barbara Müller ist Gründungsmitglied der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe und Geschäftsführerin des fepa (Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika) - www.fepafrika.ch.)

Einige Industriezweige sind total am Boden und die Korruption wird immer schlimmer

Ein Stimmungsbild aus Gweru. Gweru liegt im Zentrum von Zimbabwe und hat eine Bevölkerung von schätzungsweise 300'000 EinwohnerInnen. – Gertrud Scheu berichtet.

Als ich anfangs August nach Zimbabwe zurückkam, waren die Freunde, die mich abholten, in zuversichtlicher Stimmung. Einer meinte, dass man die Politik einfach ignorieren und vorwärts gehen muss. Einer teilte mit, dass sein Sohn einen Platz an einer südafrikanischen Universität gefunden hat. Er hat nicht geahnt, dass sein Monatslohn als Ingenieur bei Lobel am Ende des Monats nur noch 24 Brote betragen wird.

Wieder in Gweru, war die Stimmung alles anders als optimistisch. Fünf Fabriken sind geschlossen: Zim Alloys, die mit Bata zusammen der grösste Arbeitgeber in Gweru ist, Zimglass, Zimcastings und noch zwei kleinere Firmen. Es gab tausende von Arbeitslosen. Zimglass hatte Verhandlungen mit neuen Investoren, aber die haben sich im letzten Moment zurückgezogen. Es zeigt sich überall, dass ausser den Chinesen keine Investoren Vertrauen in die Regierung haben. Die negativen Äusserungen von Mugabe machen alles noch schlimmer.

Ich kenne mehrere Männer, die bei Zimglass arbeiteten. Einfache Familienväter, die 3 Monate keinen Lohn erhielten bis die Fabrik ganz geschlossen wurde. Kinder können nicht weiter in die Schule, weil sie das Schulgeld nicht bezahlen können, Wasser und Elektrizität werden abgestellt und einige mussten ihre Häuser verlassen, weil sie keine Miete mehr zahlen konnten. Sie hatten nur noch die Möglichkeit, zu Verwandten aufs Land zu ziehen. Wir können nur hoffen, dass die bevorstehende Regenzeit, und damit die Ernte, gut wird.

Auch Bata arbeitet nur noch zu 30 Prozent. Nach Informationen, die ich noch nicht bestätigen konnte, denkt Bata daran, ganz zu schliessen und den Betrieb nach Südafrika zu verlegen. Bata hat den Betrieb durch die ganzen schwierigen Jahre hindurch aufrecht erhalten. Dass sie jetzt aufgeben möchten, ist bedenklich und zeigt, dass sie das Vertrauen in die Regierung verloren haben.

Einige Industriezweige sind total am Boden. Es ist schwer zu glauben dass sich die Bekleidungsindustrie je wieder erholen kann. Ein Problem sind nicht nur die billigen Importe von China. Ebenso schlimm sind die Berge von getragenen Kleidern und Schuhen aus dem Westen, die auf einem riesigen Markt verkauft werden. Ich habe vergebens versucht, ein Stück Baumwollstoff zu kaufen. Synthetische Stoffe aus China gibt es in jeder Menge.

So wächst mit der grossen Arbeitslosigkeit vor allem auch in den Städten die Armut. Dazu kommt, dass das Gesundheitssystem für den ärmeren Teil der Bevölkerung praktisch nicht mehr existiert. Nur „Ärzte ohne Grenzen“ sorgen zum Glück weiter für die HIV-positiven PatientInnen. Vor 4 Tagen wurden drei Kinder ins Heim gebracht. Nachbarn haben sie neben der toten Mutter gefunden. Auch die Zahl der Strassenkinder wächst ständig.

In den letzten Monaten ist das Gehalt der Staatsbeamten, Primar- und Mittelschullehrer, und Polizisten von \$150

auf \$170 erhöht worden. Nur LehrerInnen an Lehrerseminarien und hohe Polizeibeamte erhalten \$ 200.

Die Lehrer drohen jeden Monat mit Streik. Wegen den Streikdrohungen sind Eltern und Schüler in ständiger Spannung. Als Nebeneinnahmen geben viele Mittelschullehrer Privatstunden gegen Bezahlung. Am 26. Oktober werden für alle Stufen die Examen abgehalten. Die jungen Leute hatten vielfach keine Textbücher, Lehrer waren oft wenig motiviert und der Erwartungsdruck der Eltern und Verwandten ist gross, nachdem sie sehr viel Schulgeld bezahlt haben. Ich habe Freunde, die beide Lehrer sind. Ihre zwei sehr begabten Kinder sind an der Universität. Auch als Doppelverdiener können sie die hohen Studiengelder kaum bezahlen.

Die Korruption wird immer schlimmer. Ein Bekannter bezeichnete sie als die Krankheit der Regierung, von der jetzt mehr und mehr Leute angesteckt sind. Lobels ist eine grosse Brotfabrik in Harare. Sie produzierten 14'000 Brote pro Tag. Ende August fehlte das Geld, um die Löhne zu bezahlen. Auswärtige Buchprüfer entdeckten, dass die 7 Toppleute sich über lange Zeit masslos bereichert haben. Jeder hat ein eigenes Geschäft angefangen. Nur die 14 Autos, die sie für sich und ihre Partnerinnen kauften, konnten konfisziert werden. Die Arbeiter und Angestellten werden vorläufig mit 24 Broten pro Monat bezahlt. Kürzlich wurde hier in Gweru ein grosser Laden mit TV- und Radio-Apparaten eröffnet. Verkaufsräumlichkeiten sind einfach zu mieten, weil viele leer stehen. Vor drei Tagen hat die Polizei die ganze Ware, die gestohlen war, wieder konfisziert.

COPAC wurde von vielen Leuten begrüsst, bedeutete es doch, dass die ganze Bevölkerung von neutralen Leuten über die neue Verfassung orientiert wird und auch nach ihrer Meinung gefragt wird. Am 31. Juni 2011 soll dann das Referendum über die neue Verfassung stattfinden. Aber leider stimmt, was Tsvangirai sagte: In Zimbabwe könne nicht einmal eine zivile Angelegenheit ohne Einschüchterungsversuche und Gewalttätigkeiten diskutiert werden. Kaum haben die Zusammenkünfte im ganzen Land angefangen, mussten sie wieder abgebrochen werden. Die Armee schüchterte die Leute schon vor dem Treffen ein, Armee und Geheimpolizei mischten sich in Privatkleidung unter die Leute. Am 30 September wurde ein neuer Versuch gemacht, aber es gab die gleichen Klagen. Erneut wurden die Leute eingeschüchert.

Das gibt einen Vorgeschmack auf die allgemeinen Wahlen, die im nächsten Jahr stattfinden sollen. Davor haben die meisten Leute Angst, auch die Industrie. Sie hat wegen den zu erwartenden Streikaktionen und blutigen Auseinandersetzungen einen Aufschub gefordert. Wie immer hört Mugabe auf niemanden. Vor ein paar Tagen hat er eigenmächtig bestimmt, dass die Wahlen Mitte 2011 stattfinden werden. Seine Arroganz ist unglaublich. Eigenmächtig, ohne Konsultation von Tsvangirai, hat er die Botschafter und die Gouverneure bestimmt, alle sind aus seiner

Partei. In Begleitung von 80 Leuten ist er an die Uno Vollversammlung gereist.

Bewundernswert ist, wie sich die Leute trotz allem immer wieder zu helfen versuchen. Der Reparaturservice hat noch nie so gut funktioniert, wie jetzt, wo man unter den Arbeitslosen grosse Talente entdeckt. TV, Radio und sogar Computer werden geflickt. Braucht man einen Elektriker, Schreiner oder Schlosser, so findet man sicher jemanden. Die Solidarität untereinander, vor allem in der Grossfamilie, ist für Viele die Rettung. Verwandte, die in England

oder Südafrika arbeiten, senden einen Teil des Lohnes heim. Zur Zeit ist die ganze Stadt blau von den blühenden Jacaranda-Bäumen. Sie blühen vor dem Regen, nachdem es mehrere Monate nicht geregnet hat. Sie sind ein Zeichen der Hoffnung und der Lebenskraft, die auch in den Menschen ist

(Gweru, 9. Oktober 2010. Gertrud Scheu lebt seit 1961 in Zimbabwe, arbeitete als Sozialarbeiterin und engagierte sich seit der Pensionierung für das Rosedale-Kinderheim.)

Ein Land oder zwei Länder?

Patricia Walsh

In den vergangenen Monaten schien es einen geringen Anstieg der Anzahl Leute zu geben, die Zimbabwe zum ersten Mal besuchen. Viele von ihnen sind Touristen, deren erster Eindruck ist, dass es ein wunderbares Land sei, weil man alles in den Läden bekommen könne. Es gibt eine zweite Art von Besuchern unserer Gemeinden und Spitäler. Sie beobachten, „wie unglaublich schwierig es für die meisten Menschen ist, mit sehr wenig oder ohne Geld zu überleben.“ Manchmal fragt man sich, ob wir vom gleichen Land sprechen, Zimbabwe, oder zwei Ländern – es hängt davon ab, unter welchem Blickwinkel man es erlebt.

Auch aus einer politischen Perspektive scheinen es manchmal zwei Länder zu sein! An einem Tag hören wir, dass die Führer der drei wichtigsten politischen Parteien sehr gut zusammenarbeiten und sich gegenseitig mit Lob überschütten. Am nächsten Tag hören wir, dass sie einander beschuldigen und dass ihre Anhänger sich prügeln! Kurz gesagt, es ist schwierig zu wissen, was passiert. Doch obwohl die Wirtschaft immer noch mehr oder weniger am Boden liegt, die Politik instabil ist und zu den Menschenrechten ein Fragezeichen gesetzt werden muss, ist das Bild eindeutig besser als vor zwei Jahren, und die meisten Menschen versuchen, so gut wie möglich weiterzuleben.

Die Einführung des Dollars als Währung ist ganz klar die Hauptursache für die zaghafte Erholung. Heute, obwohl viele – vielleicht die meisten – Zimbabwer immer noch an der Armutsgrenze leben und 80% keine offizielle Beschäftigung haben, können wenigstens diejenigen, die Arbeit haben, ihr Einkommen berechnen.

In der medizinischen Versorgung und im Bildungswesen gab es in den vergangenen zwei Jahren einige Verbesserungen. Aber immer noch gehen Tausende von Kindern nicht zur Schule und viele Menschen können es sich nicht leisten, ins Spital zu gehen oder für Medikamente zu bezahlen. In den vergangenen Wochen haben wir einige Zeitungsartikel gelesen, in denen behauptet wird, es gebe Mitarbeitende im Pflegedienst gewisser öffentlicher Spitäler, die antiretrovirale Medikamente verkaufen, obwohl diese kostenlos abgegeben werden müssten. Wir sind sehr besorgt darüber, denn die Mehrheit der Bevölkerung kann sich die Medikamente nicht leisten und wird

ohne sie sterben. Das Gesundheitsministerium ist im Moment daran, diese Anschuldigungen zu untersuchen. Wir haben kürzlich einige freudige Erfahrungen in unserem persönlichen Umfeld gemacht. Die erste Gruppe von diplomierten Pflegefachpersonen, die im St. Theresa Missionsspital (Missionsspital der Dominikanerinnen) ausgebildet wurden, waren alle erfolgreich – ein hervorragendes Resultat, wenn man bedenkt, dass das Spital zu wenig Personal hatte und extrem schwierige Zeiten durchlebte, wenn es manchmal nicht einmal für die Pflegenden genug zu essen gab. In einem aufopferungswilligen Team haben Men-



schen gezeigt, was sie auch in scheinbar aussichtslosen Situationen leisten können.

In unserem letzten Brief an Sie erwähnten wir, dass wir eine Anzahl Häuser für von Grossmüttern oder Kindern geführten Haushalten (Child headed households) fertig gestellt hatten. Auch hier haben wir erfahren, was eine motivierte, hart arbeitende Familie mit nur wenig Unterstützung leisten kann. In einem Fall kann sich nun eine achtköpfige Familie mit Nähen und Gartenarbeit allein durchbringen. Ein Gönner finanzierte eine Nähmaschine und ein anderer spendete Päckchen mit verschiedenen Gemüsesamen – jetzt sind sie Selbstversorger und haben sogar ein paar Ärmeren in der Gegend geholfen. Ebenso konnten wir kürzlich ein einfaches Solarsystem für sie installieren, damit die Kinder am Abend lernen können und die

Grossmutter nicht mehr spärliches Feuerholz suchen gehen muss. Sie können sogar ihre elektrische Occasionsnähmaschine benutzen.

Sicher, wir haben Probleme, aber die einfachen Menschen in Zimbabwe sind entschlossen, ihr Land wieder aufzubauen, so dass sie ihre Kinder zur Schule schicken können, es ihnen möglich ist, ins Spital zu gehen, wenn sie krank sind, eine ausgewogene Mahlzeit pro Tag zu

Mein Zimbabwe-Trip im August

Tendai Matare

Wie jeden zweiten Sommer war ich im August für einige Wochen in Zimbabwe. Dass die Situation dort nicht rosig ist, wissen alle. Die Politik, die Wirtschaft, alles ist nicht gerade so, wie man es sich wünscht. Die Inflation spürt man weniger wegen den Dollars und die Korruption boomt noch immer. Die Wenigsten haben keine Mühe, zu überleben, die Wenigsten eine Arbeit, fast niemand eine, die wirklich etwas bringt. Perspektiven für die Jungen sind noch immer so gut wie keine vorhanden, was sich in einer Art Lethargie bemerkbar macht: „Mal schauen, was passiert, wir haben eh nichts zu sagen.“

In Europa musste ich immer wieder hören, wie stolz andere Afrikaner auf unser Land sind, da wir unabhängig vom Westen unser „Ding durch ziehen“ und da wir uns nicht von „den Weissen“ sagen lassen, wo es lang geht. Da musste ich schmunzeln, als wir den US-Dollar als Währung übernahmen. Dank Obama können alle mit dieser Lösung leben, denke ich, zumindest vorübergehend.

Das Land ist nicht mit dem vor zwei Jahren vergleichbar. Versteht mich nicht falsch, ich will wirklich nicht über ein Tor jubeln, wenn man zuvor ein Duzend kassiert hat. Es ist einfach so, dass der Unterschied unübersehbar war.

Das erste, was mir auffiel, war der Verkehr. Die Strassen waren voll von Autos, als wir ankamen. Überall fuhren Kombis und normale Wagen umher. Wenn wir einmal kein Benzin hatten, dann gingen wir einfach tanken, ohne zuvor stundenlang in irgendeiner Schlange gewartet zu haben, wie vor zwei Jahren. Sogar Biltong konnte man bei der Tankstelle kaufen.

Genau so eine schöne Überraschung war es, in den Supermarkt zu gehen. Wo vor zwei Jahren nur leere Regale herum standen, konnte man wieder Lebensmittel sehen. Es gab wieder Mais, Fleisch, Gemüse, Milch, Joghurt, Öl und vieles mehr. Es war alles wieder dort, auch in der Township. Auch konnte man wieder nur mit ein oder zwei Noten bezahlen und brauchte kein Bündel Geld mehr – was für ein Gefühl!

Nach zwei Wochen in Harare gingen wir auf eine Rundreise, zuerst Richtung Masvingo (Great Zimbabwe), Bulawayo, Hwange, Vic-Falls, Binga und wieder zurück. Als wir in Masvingo tankten, kam ein Pick up angefahren. Auf seiner Seite prangte stolz das MDC Logo, genauso wie auf dem T-Shirt des Fahrers. Ich war positiv überrascht. Ich hatte noch nie so etwas in der Öffentlichkeit gesehen – einfach so, als wäre es alltäglich!

Das erste Touristen-Hotel besuchten wir in Hwange. Eini-

essen und wieder ein menschenwürdiges Dasein zu leben. Die Zeiten sind hart, aber es gibt Grund zur Hoffnung.

(Harare, 12.10.2010. Patricia Walsh ist Missionsschwester der Dominikanerinnen. Übersetzung Verena Grob.)

ge Jahre zuvor war ich schon am selben Ort gewesen. Es ist eine Lodge mit direkter Sicht in den Wildpark. Die Besucher können mit etwas Glück die Wildtiere beim Abendessen beobachten, ein wunderschöner Ort. Etwas Schade bei meinem letzten Besuch war nur, dass ausser uns fast niemand im Hotel war, um diese Atmosphäre zu geniessen. Nicht so bei diesem Besuch. Das Hotel war fast ausgebucht. Auch die ersten Südafrikaner trauten sich wieder ins Paradies an ihrer Nordgrenze. Es war toll zu sehen, wie das Festmahl der Köche nicht auf dem Grill verkohlte, sondern wie sich Duzende um die Feuer setzten. Auch die Safari-Touren fuhren alle voll besetzt los. Es war ein bisschen wie früher.

Auch die Künstler auf dem Weg nach Vic-Falls erzählten, dass wieder mehr Kundschaft vorbei käme. Es werde wieder lebendiger. Als wir dann nach Vic-Falls kamen, konnten wir sehen, dass sie Recht hatten. Zum ersten Mal seit langem hatte ich Angst, dass wir kein Zimmer im Hotel bekommen – darüber musste man sich in Zimbabwe die letzten Jahre wirklich keine Sorgen machen. Die Touristen, die es trotz der weniger schönen Aussicht vorzogen, dieses Naturwunder von Sambia aus zu bewundern, kamen wieder nach Zimbabwe und schliefen auch hier. Auch die Bungeejumping-Brücke wurde in unsere Richtung verlassen. Mir gefiel es.

Als wir nach gut zwei Wochen wieder in Harare ankamen, wurde es Zeit, auch hier ein bisschen in die Stadt zu gehen. (Die ersten Wochen verbrachten wir im Quartier bei Familie und Freunden.) Es war wieder ein richtiger Trubel in der City: Überall Menschen, Geschäfte, Verkehr. Ich freute mich wie ein kleiner Junge, als ich nach ca. sechs Jahren zum ersten Mal wieder ein „Soft Ice with Crunchy Nuts and Chocolate Dip“ essen konnte. Die gibt es so nur im Creamy Inn! Während man vor zwei Jahren noch in eine leere Imbissbude gehen musste und dann fragte: „Was haben sie?“ Stellte man sich dieses Jahr in die Schlange und wartete, bis die Kassiererin fragte: „Was wollen sie?“ Danach musste man warten, bis ein Platz frei wurde.

Als wir schon einige Tage wieder in der Hauptstadt waren, ging es mir auf einmal schlecht. Angefangen hatte es schon auf unserer Reise, doch ich dachte mir nicht viel dabei und schliesslich war ich in den Ferien, wer will da schon krank sein. Doch jetzt konnte ich es nicht mehr ignorieren. Wir gingen zur Highfields-Klinik in Machipisa. Nach ca. vier Stunden war ich an der Reihe. Eine sehr freundliche Ärztin untersuchte mich. Sie nahm an, dass meine Symptome von einem Zeckenbiss stammten, den

ich mir auf unserer Reise eingefangen hatte. Um sicher zu gehen, dass es nicht Malaria war, nahmen sie mir Blut ab und sagten, ich solle am anderen Tag noch mal kommen. Am darauf folgenden Tag wartete ich nochmals vier Stunden (in Zimbabwe macht man keinen Termin ab) und holte meine Resultate ab: Keine Malaria, aber ich sollte Medikamente gegen den Zeckenbiss nehmen. Ich bekam ein Rezept, verliess die Klinik und ging ins Nachbarhaus, eine Apotheke. Der Apotheker las mein Rezept und gab mir drei verschiedene Tütchen voll Pillen. Er hatte einfach so Medikamente hinter seiner Theke. Ich war verdammt froh und nach drei oder vier Tagen ging es mir auch wieder blendend. Als ich das letzte Mal hier war, gingen die Leute nicht einmal mehr zum Arzt. Weshalb sich eine Diagnose geben lassen, wenn es keine Medikamente gab?

Mir ist natürlich bewusst, dass sich die Meisten jene Medizin nicht leisten können. Genauso, wie die meisten ZimbabweInnen so gut wie nie in ihrem Leben im Creamy Inn Eis essen gehen. Auch können sich die wenigsten einige Tage in den Lodges in Vic-Falls oder Hwange leisten oder all die leckeren Speisen, Fleisch oder Joghurt kaufen, die wieder in den Regalen stehen und einmal volltanken ist ein Fremdwort. Natürlich fällt der Strom noch immer aus, und in gewissen Quartieren ist man froh, wenn das Wasser überhaupt mal läuft. Auch ist allen klar, welche Leute das Sagen im Land haben. Trotz allem waren Viele extrem froh, dass es zumindest einige positive Veränderungen gibt - das erste Mal seit langem.

(23. Oktober 2010)

Eindrücke aus Zimbabwe – ein Augenschein nach 14 Jahren

Markus und Christine Bieri

14 Jahre nach unserem Einsatz mit Solidarmed im Silveira Hospital (Bikita District, Masvingo Province) sind wir für einen Ferientaufenthalt und Besuch nach Zimbabwe zurückgekehrt. Was hat sich in diesem Land seither verändert? Drei Wochen sind sicher nicht ausreichend, um diese Frage zu beantworten. Es ist höchstens eine unvollständige Sammlung von Eindrücken, die subjektiv wahr sind, wie Eindrücke sind, und vage Schlüsse auf objektive Entwicklungen zulassen. Dennoch wollen wir den Versuch wagen, an dieser Stelle einige Beobachtungen zu schildern und durch eigene Überlegungen zu ergänzen.

Auf der Fahrt durch Harare fallen die vielen Menschen auf, wahrscheinlich noch mehr als vor 14 Jahren. In den Städten sind neue Quartiere entstanden. Wo früher auf Farmland weit und breit kein Haus zu sehen war, finden sich einzelne Krals. Die Gegenden der traditionellen Landbevölkerung sind noch dichter besiedelt als früher. Und an Werktagen wimmelt es geradezu von Schulkindern in ihren adretten Uniformen. Die Bevölkerung von Zimbabwe scheint trotz Abwanderung und trotz AIDS zu wachsen. Die heranwachsende Generation wird an der Wirtschaft und an den Ressourcen dieses Landes teilhaben wollen.

Die ausgetrockneten Felder, die Wasserkessel tragenden Frauen, das verbreitete Beten um Regen lassen den Schluss zu, dass allen neuen Problemen zum Trotz die Zuteilung des Gemeingutes Wasser für dieses Land auch in Zukunft entscheidend bleiben wird.

Ein in dieser Häufigkeit neues Phänomen sind die fast täglichen Stromausfälle, die an einigen Orten mit Generatoren behelfsmässig überbrückt werden können. Die rückläufige Versorgung bei steigender Nachfrage nach Energie und wahrscheinlich anderen Ressourcen führt zu einer Versorgungslücke, die das Wirtschafts- und das Gesellschaftsleben lähmt, was uns auch von Businessleuten bestätigt wird.

Die von der Natur geprägte afrikanische Mentalität des „Es hat, solange es hat“ hat sich kaum geändert: Defekte Wasserhähnen, sinnlos brennende Lampen, viel mehr Plastik-, Aluminium- und Glasabfall entlang den Strassen und um die Krals sind augenfällig. Entwicklung wird hier

nicht ohne ein Umdenken und bewusstes Wahrnehmen der Verantwortung möglich sein.

Das Warenangebot in den Läden übertrifft unsere Erinnerung. Es ist heute fast unvorstellbar, dass die Kunden noch vor anderthalb Jahren vor leeren Regalen gestanden sind. In Victoria Falls werden wir geradezu von Händlern bedrängt, die uns ihre Milliardenbanknoten anbieten - „for very good price“ selbstverständlich. Ist dieser Umgang mit der überwundenen Hyperinflation Ausdruck der Geschäftstüchtigkeit der Zimbabweer oder ist es eine zynische Form der Vergangenheitsbewältigung? Sicher ist, dass das Vertrauen der Menschen – seien es die Wirtschaftsbesitzer oder der Mann von der Strasse bzw. vom Land – in ihre Wirtschaft und wahrscheinlich in ihre Regierung zutiefst erschüttert worden ist.

Zu unserer Überraschung hat sich die materielle Situation der Menschen auf dem Land eindrucksmässig eher verbessert. Im Bikita-District sehen wir weniger Erwachsene barfuss gehen. Wir finden mehr Kühe, mehr Autos und geradezu penetrant auffällig viele Leute mit Handys.

In den Städten staunen wir über eine zumindest äusserliche Verwestlichung. Die überwiegende Zahl der Frauen hat längere glatte Haare – über echt oder unecht kann im Einzelfall gerätselt werden. Jeans bei Frauen sind keine Ausnahme, in Bulawayo sehen wir sogar Schulmädchen in Uniformhosen. Die starke weibliche Vertretung an vielen Stellen scheint Ausdruck der wichtigen Rolle der Frau in der urbanen Gesellschaft.

Auf den grossen Verbindungsstrassen hat der Schwerverkehr in der Süd-Nord-Achse zugenommen. Viele Güter werden aus Südafrika importiert. Wie ist dies in einem Land tief in der Wirtschaftskrise möglich? Fliesst hier viel Geld von Verwandten aus dem Ausland nach Zimbabwe? Oder besteht eine enorme Schattenwirtschaft? Oder?

Viel mehr als früher werden riesige Felder vor der Regenzeit abgebrannt, und wir begegnen oft den bedrohlichen Flammen. Es scheint, dass in Zeiten der Krise eher auf alte Anbaumethoden zurückgegriffen wird, verbunden mit einem Rückgang der Produktivität. Wir haben von

einer Farm vernommen, wo statt der früher 1500 Kühe noch 300 gehalten werden. Viel zu viel unternehmerisches Potenzial liegt noch brach.

Wir besuchen eine Schule in den Midlands, wo vier Lehrer sechs Klassen in einer ehemaligen „beer hall“ unterrichten. Die 135 Primarschüler sitzen dichtgedrängt im Halbdunkel eines einzigen Raumes, durch dessen Dach an einzelnen Stellen der Himmel gesehen und wahrscheinlich schon bald der Regen gespürt werden kann. Wie uns auch ein bekannter Lehrer bestätigt, hat das öffentliche Schulwesen enorm gelitten. Die Tendenz, für gute Bildung privat zahlen zu müssen, wird die soziale Spaltung der Gesellschaft verstärken. Dass diese bereits voll im Gang ist, zeigt ein Blick in die teuren Autos. Wo früher fast immer ein Weisser am Steuer gesessen ist, chauffieren heute sehr häufig meist beleibte Schwarze.

Im Gesundheitswesen hat sich vieles verändert. AIDS ist omnipräsent: Etwas weniger die düsteren, von der Auszehrung gezeichneten Kranken mit AIDS als Warnung auf grossen Plakaten entlang den Strassen, AIDS als Schulfach im Stundenplan der Viertklässler, AIDS als neulich selbstverständlicher Bluttest im Spital. Die Zahl von 3000 ambulanten Anti-HIV-Medikamentenbezügern im Silveiraspital beeindruckt. Die Vorstellung, dass in diesem Land dereinst Hunderttausende, ja vielleicht Millionen auf die tägliche Einnahme von zwei Tabletten angewiesen sein werden, erschreckt auch irgendwie.

Positiv fällt uns die Zunahme an Spitalpersonal auf. Gerade unter Berücksichtigung der zahlreichen AIDS-

Todesfälle auch unter den „Nurses“ war es vordringlich, dass der Staat die Ausbildung wieder gefördert hat. Die Versorgungslage der Spitäler hat sich verschlechtert. Während es Mitte der 90er Jahre fast als Verstoß gegen ein entwicklungspolitisches Sakrileg gegolten hat, auf Spenden und Nachschub aus Europa zurückzugreifen, können unsere Nachfolger kaum mehr ohne diese Möglichkeit Medizin betreiben. Auch für gutes Personal braucht es in der Regel ein Topping up. Wo Wille zum Unterhalt keine weisse Triebfeder hat, droht rasch der Zerfall.

Nachdem wir uns vor 15 Jahren daran gewöhnt hatten, dass man in den Städten hinter Mauern und bewachten

Toren wohnte, sind wir auch überall auf dem Land, selbst um das Silveiraspital, auf Gitterzäune gestossen. Angst und Unsicherheit scheinen sich auszubreiten.

Wenn wir nicht riskieren wollen, ohne direkten Erfahrungshintergrund über etwas zu berichten, dann müssen wir über Politik und damit verbunden über Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Denunziation

schweigen. Auch können wir nicht viel über die direkte Befindlichkeit der Menschen, ihre Hoffnungen und Ängste aussagen.

Unverändert ist hingegen unser Eindruck, dass Zimbabwe ein vielfältiges, wunderbares Land ist, mit Menschen, die uns Europäer in Sachen Ausstrahlung, Duldsamkeit, Geduld, Zähheit und Gottvertrauen bei weitem übertreffen.

(28. Oktober 2010)



HIV-Patients Forced to Pay or Go without

Rampant corruption in the provision of life-prolonging antiretroviral (ARV) drugs and other HIV services is threatening Zimbabwe's national AIDS response according to a recently released report by a local human rights group.

Commissioned by the Zimbabwe Lawyers for Human Rights (ZLHR) in March 2010, the report - Corruption Burns Universal Access to Treatment - found that 73 percent of HIV-positive respondents had been asked to pay bribes by health workers. Most of those unwilling or unable to pay were turned away or given inadequate services. Nurses at government hospitals and clinics were identified as the chief culprits, but support staff, includ-

ing nurse aides and administrative personnel, were also implicated; doctors were rarely involved.

The findings were based on interviews with 1,024 people living with HIV in the provinces of Masvingo, Harare, Bulawayo and Manicaland. Most of the respondents lived in urban areas and 89 percent had a family income of less than US\$100 a month. Of the 747 respondents who had been asked for bribes, 57 percent were trying to access drugs, mainly ARVs; 24 percent needed diagnostic services; and 19 percent were asked for money to be enrolled in HIV programmes. The authors noted that the long waiting lists for enrolment at many hospitals drove

desperate patients to pay bribes as high as \$100. HIV patients were often asked to pay for services that were supposed to be free; sometimes they were told that certain drugs were unavailable or that diagnostic equipment was broken until they paid a bribe, after which the equipment was declared functional and the service was given.

About a third of the respondents who were asked for bribes refused to pay them, mainly because of poverty; as a consequence, 63 percent were denied the service and had to pay for drugs or diagnostic tests in the private sector, or on the black market, or go without.

"The research findings reinforced the view that corruption in healthcare discourages treatment, testing, and other health-seeking behaviour," the researchers concluded. "In these circumstances, the general attitude has been observed to shift towards resentment and resignation by [people living with HIV], who then give up on accessing essential medicines and diagnostic services."

Call for action

Martha Tholanah, an HIV/AIDS activist and member of the Zimbabwe Network of Positive Women, said the report shed light on a problem that HIV-positive Zimbabweans had been experiencing for "quite some time". She told IRIN/PlusNews that there was a need for a system that would electronically record when patients collected

their ARV medication. "This will weed out corrupt elements among health workers, and among people living with HIV."

The programme manager of the HIV/AIDS, Human Rights and Law Project at ZLHR, Tinashe Mundawarara, said: "The danger of these practices is that they create disincentives to invest in public health." He added that health workers were engaging in corrupt activities partly to subsidise their low salaries, but this should not be an excuse for government not to take action. The report called for the government, civil society and Zimbabwe's Anti-Corruption Commission to take urgent measures to curb corruption in the health sector. "If treatment is made conditional on corrupt practices, it could well be that the lives of those who cannot afford to pay bribes will be endangered," the authors noted, adding that the issue was even more pressing in Zimbabwe which has an estimated adult HIV prevalence of 14 percent.

Health minister Dr Henry Madzorera told IRIN/PlusNews he could not comment until his ministry's own investigations had confirmed any reports of corruption. "As a matter of policy our ministry will look into this matter thoroughly, and we urge members of the public to assist us by reporting to the police any corruption."

(Harare, 5 October 2010, IRIN, st/ks/he)

Diamanten

Der Diamantenreichtum könnte das Land verändern

Petina Gappah

Vom Diamantenfieber besessen, strömten vor vier Jahren Tausende von Zimbabweern in die Marange Felder. Marange, in der Nähe der Ostgrenze zu Mozambique gelegen, war ein Traumfeld, denn der Abbau verlangte keine teure oder komplizierte Bergbauausrüstung. Eine einfache Pflanze genügte, um den Reichtum zu schürfen.

Diamanten bedeuten Unterschiedliches für verschiedene Menschengruppen. Es wird die folgende – vielleicht nicht ganz ernst zu nehmende – Geschichte einer Horde neuerreicher junger Händler erzählt: Nach dem Verkauf ihrer Diamanten machten sich diese auf zum normalerweise ausserhalb ihrer Möglichkeiten liegenden trendigen Nachtlokal „Stars“. Dort angekommen, schwenkten sie Bündel von Trillionen-Dollar Banknoten und schrien „Tapinda, tapinda“ – „Wir sind angekommen, wir sind angekommen!“ Diamanten sind ein immanenter Teil der tapinda tapinda Kultur der Händler geworden, die ihr Geld für protzige Autos und andere Güter „verbrennen“, wie man sagt.

Für die Regierung bedeuten Diamanten den schnellsten Weg aus der zehn Jahre dauernden Wirtschaftskrise. Doch der Verkauf von Zimbabwe's Diamanten ist blockiert worden – bis heute. Vorige Woche erhielt Zimbabwe vom World Diamond Council in St. Petersburg die Bewilligung über den Kimberly Process eine begrenzte Menge der gelagerten Diamanten zu exportieren. Beim Kimberly Process, gegründet 2002, handelt es sich um eine freiwillige

Organisation mit dem Zweck, für den Markt bestimmte Diamanten als „konfliktfrei“ zu zertifizieren, in Zimbabwe ein umstrittener Status, weil der Bergbau mit Anschuldigungen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht wird. Über den Kimberly Process bewilligte Exporte sind genau, was das Land für einen Blitzstart seiner Wirtschaft braucht. Das dringende Bedürfnis nach Zertifizierung war eines der wenigen Themen, bei dem sich die zerstrittene Einheitsregierung einig war. Obert Mpopu, der von ZANU-PF ernannte Bergbauminister, und Tendai Biti, der Finanzminister aus den Reihen des Movement for Democratic Change (MDC), haben sich mit besonderer Tatkraft für die Exportbewilligung eingesetzt. Aber nicht alle Regierungsmitglieder verfolgen dieselben Ziele, was die Diamanten angeht: Für einige der ZANU-PF Mitglieder, denen wegen Bitis Reformen im Finanzministerium nun der Zugang zur Staatskasse verwehrt ist, verkörpern Diamanten eine Gelegenheit für weitere Raubzüge.

Für die NGOs und Menschenrechtsorganisationen sind Zimbabwe's Diamanten blutgetränkt und verkörpern die von ihnen schon so lange bekämpfte Unterdrückung. Diese Gruppierungen sind besonders beunruhigt durch die Militärpräsenz in den Marange Diamantenfeldern, die von der Regierung mit der Notwendigkeit begründet wird, den illegalen Abbau und den Diamantenschmuggel zu verhindern. Zimbabwe's Menschenrechtsanwälte, Ärzte für Menschenrechte, das Zentrum für Forschung und Ent-

wicklung und andere NGOs verfassten eine Anzahl verachtender Berichte über angebliche Missbräuche wie aussergerichtliche Tötungen und Verschleppungen und äusserten umweltbedingte Bedenken.

Auf dem Hintergrund dieser sich widersprechenden Interessen wurde an den Kimberly Process-Treffen debattiert. Das Gründungsdokument beschreibt „Konfliktdiamanten“ als „Rohdiamanten, die zur Finanzierung von Konflikten dienen, mit denen Aufständische und ihre Verbündeten rechtmässige Regierungen unterminieren“. Es besteht kein Zweifel, dass die Armee vielfach ungerechtfertigte Gewalt angewendet hat. Besonders beunruhigend sind Berichte über Erschiessungen von illegal arbeitenden Diamantengravern, die Bildung von Syndikaten zur Zwangsarbeit – auch für Kinder – oder Prügelstrafen und Folter. Die Sorge der Menschenrechtsorganisationen in Bezug auf Marange ist gerechtfertigt. Doch diese Art von Missbräuchen, so abscheulich und unakzeptabel sie sein mögen, beschränken sich nicht auf Zimbabwe, sie finden sich überall, wo in Wohngebieten armer Menschen Reichtümer entdeckt werden, zum Beispiel im Niger Delta oder in Equatorial Guinea. Doch mit NGO Berichten über Amputationen im Stil von Sierra Leone und Vergewaltigungen nach der Art von Darfour während der Wahlen von 2008 in Zimbabwe, laufen Menschenrechtsaktivisten Gefahr, über das Ziel hinauszuschieszen.

Es ist schlicht falsch zu behaupten, Zimbabwes Diamanten entsprächen der Kimberly Definition für Konfliktdiamanten. Die NGO Africa Partnership Canada verdirbt ihren neusten, im übrigen hervorragenden, Bericht, wenn sie argumentiert, beim Zimbabwe Joint Operations Command – bestehend aus den Kommandanten der Polizei, der Gefängnisse, der Armee und Luftwaffe – handle es sich um eine Rebellenbewegung mit dem Ziel, die Regierung zu destabilisieren. Das ist eine verblüffende Schlussfolgerung angesichts der Tatsache, dass die Regierung, die angeblich destabilisiert werden soll, auch aus Ministern der MDC besteht, die sich aktiv für die Zertifizierung der Diamanten eingesetzt haben.

Menschenrechtsorganisationen zeigten sich bestürzt über Zimbabwes Zertifizierung, doch sollte Zimbabwes Bereitschaft, am Kimberly Process teilzunehmen, sie vielmehr ermutigen. Denn unter diesem gänzlich freiwilligen System anerkennt Zimbabwe weiterhin eine Überwachung. Zugegeben, der amtierende Überwacher, Abbey Chikane, ist eine umstrittene Person. Ihm wird aus Menschenrechtskreisen vorgeworfen, für die Verhaftung des Akti-

visten Farayi Magawu verantwortlich zu sein. Dieser ist nun mit einer Strafklage wegen der „Verbreitung von Lügen“ zum Nachteil Zimbabwes konfrontiert. Chikane mag umstritten sein, doch hat er eine Anzahl wichtiger Vorschläge gemacht. Im Besonderen hat er vorgeschlagen, das Militär in Marange durch ausgebildete Sicherheitskräfte zu ersetzen. Er hat im Weiteren angeregt, die Exporte über einen einzigen Kanal abzuwickeln, was erlauben würde, den Weg der Edelsteine zu verfolgen. Und vermutlich dieser Kontroverse wegen beabsichtigt der Kimberly Process nun zur Überwachung von Zimbabwe den Einsatz eines Gremiums anstelle des einzelnen Überwachers.

Zimbabwes Teilnahme am System gibt den NGOs die Gelegenheit Einfluss zu nehmen. Dem wäre nicht so, wenn das Land die Diamanten, wie angedroht, einfach ohne Bewilligung verkauft hätte. Lehrreich ist dabei ein Blick auf die Geschichte der Beziehungen zwischen Zimbabwe und dem Commonwealth. Als Zimbabwe 2003 seinen Austritt gab, konnte das Commonwealth nur noch von der Seitenlinie aus – und somit ohne jede Wirkung – agieren. Vermutlich sagten sich die Leute vom Kimberly, Zimbabwe bleibe besser innerhalb und nicht ausserhalb des Systems. „Ausserhalb“ würde heissen, keinerlei Kontrolle mit dem Risiko eines destabilisierenden Dumpings von grossen Mengen an Diamanten auf dem Weltmarkt, während „innerhalb“ die Fortführung der Kontrollen durch Kimberly bedeutet.

Sofern die Erlöse aus dem Verkauf der Diamanten korrekt kanalisiert werden, sind sie genau, was das Land braucht. Die entdeckten Diamantenfelder sind so unermesslich, dass Zimbabwe, Schätzungen zufolge, innerhalb weniger Jahre einen Viertel des Weltbedarfs an Diamanten produzieren könnte. Gleichzeitig ist es gerade dieser Reichtum, welcher Anlass zur Sorge gibt. Zimbabwe erlebte dies mit der Landreform. Die einfachen Menschen mögen mit der Zeit vom nationalen Reichtum profitieren, doch erst nachdem der Löwenanteil an die Politiker gegangen ist. Die wesentliche Frage rund um Zimbabwes Diamantenreichtum lautet deshalb: „Wie kann sichergestellt werden, dass das ganze Land und nicht nur ein paar wenige davon profitieren?“ Denn bei korrekter Bewirtschaftung besteht die Möglichkeit, das Land voranzubringen. Nur ein Hindernis kann Zimbabwe am Erreichen seines Potentials im Weg stehen: Seine Politiker.

(Mail and Guardian Online (UK), 20. Juli 2010. Übersetzung Walter Huwyler)

Violence and intimidation to seize control of the lucrative diamond business

According to Global Witness, a campaigning group, the Zimbabwean army has abused civilians in Marange's diamond fields over the past three years while the ruling Zanu PF party is blocking oversight of the joint venture company boards via its supporters. "The investment deals have been done with scant regard for legal process against a background of violence and intimidation, and are dangerously lacking in transparency," said Elly Harrowell, a Global Witness campaigner. "This leaves the

door wide open for state looting and corruption, and raises the very real possibility of internationally certified diamonds financing renewed political violence in Zimbabwe." The Global Witness report said the minister of mines, Obert Mpofu, a Zanu-PF stalwart, has led efforts to block oversight of the companies, Canadile Miners and Mdaba Diamonds, by imposing his allies as board members, and sidelining the state mining company, ZMDC. Mbada Diamonds is chaired by Robert Mhlanga, former air vice-marshal and a star witness against opposition leader Morgan Tsvangirai during his trial for treason in 2003.

Global Witness called on Zimbabwe to withdraw the army from the diamond fields, hold rights abusers to account and suspend imports and exports of rough diamonds until the diamond sector meets international standards. The group said Zimbabwe should also suspend the introduction of new investors into Marange until the legality of current joint ventures can be established, and effective oversight implemented. Human rights groups last week criticised a recommendation to allow Zimbabwe to sell its diamonds in international markets, saying any such decision must be postponed until abuses are stopped. The criticism from Human Rights Watch came after Abbey Chikane, a monitor for the initiative set up to halt the trade in "blood diamonds" -- rough diamonds that fuel conflicts -- said Zimbabwe was "on track" to meet inter-

national diamond mining standards. The initiative, Kimberley process certification, previously recommended Zimbabwe's suspension over their findings of illicit trading and human rights abuses. Chikane, a South African businessman and management consultant, said in his report that "the government of Zimbabwe has demonstrated its commitment to meet the minimum requirements of the Kimberley process". HRW called Chikane's advice flawed as it ignored alleged human rights abuses in Marange. Allegations of killings and human rights violations by troops and smuggling of blood diamonds have surrounded the discovery of the extensive Marange deposits, in eastern Zimbabwe, four years ago.

(Mail and Guardian Online (UK), 14 June 2010)

Diamond-crime whistleblower freed

Chengetai Zvauya

A judge in Zimbabwe has freed on bail a human rights activist jailed for more than five weeks on allegations of passing false information on diamond-mining violations to the international diamond control body. Judge Mawadze Gurainesu on Monday dismissed claims by state prosecutors that activist Farai Maguwu could interfere

He denied charges of possessing false information on killings, torture and the names of perpetrators along with stolen state security documents, offences carrying a penalty of up to 20 years in jail.

Zimbabwe's diamond mining industry, which top politicians and military chiefs have also alleged to be corrupt, is scheduled to again come under review Wednesday at a meeting of the World Diamond Council in St Petersburg, Russia. Maguwu's detention contributed to a deadlock over whether to allow Zimbabwe to sell its diamonds on the world market at a meeting of the Kimberley Process control body in Israel last month.

The oversight body's regional monitor Abbey Chikane had recommended that Zimbabwe's diamonds be certified for world sales, as Zimbabwe had met the body's minimum standards for diamond mining. Documents allegedly produced by Maguwu and his Centre for Research and Development purported to contain hospital records, mortuary reports and burial orders of victims and interviews with survivors who identified "at least eight perpetrators of atrocities", mostly senior police officers, in the Chiadzwa diamond district. The documents, which prosecutors said contained false information, also reported on victims who testified to abuse by police and soldiers and sightings of dead bodies

in the diamond fields. At a previous bail hearing, a different High Court judge said prosecutors alleged Maguwu made a living from publishing false information detrimental to his country. Human rights organisations have harshly opposed international sales of alleged "blood diamonds" from Zimbabwe.

The mines ministry, controlled by President Robert Mugabe's party in a fragile coalition with Prime Minister Morgan Tsvangirai, the former opposition leader, denies wrongdoing and accuses human rights groups of "peddling falsehoods" over rights violations. Mugabe last week vowed to go ahead with diamond sales without certification from the world control body. –

(Harare, Mail and Guardian Online (UK), 13 July 2010)



with witnesses called in police investigations into his conduct. Bail had been rejected at several previous hearings after prosecutors alleged he gave out false information on rights violations and killings by police and troops in the eastern diamond district.

Human rights groups protested Maguwu's continued detention since June 3 and said he was denied medical attention and mistreated in jail. Gurainesu said police did not say when they would finish their investigation. But he said police reported long delays in gathering evidence from officials of the Kimberley Process control body outside Zimbabwe. He said the slow progress of the investigations prejudiced Maguwu. "His liberty should not be trampled upon on flimsy reasons," the judge said.

Maguwu was freed on \$1'500 bail on condition that he surrender his passport, report daily to police and remain within 40km of his home in the eastern city of Mutare.

Marange's field of broken dreams

Ray Ndlovu

The first time Farai Chikumira* went to the Marange diamond fields was in June 2008, the day of the presidential run-off elections. "I was visiting a relative and I wanted to discover what goes on there, since Marange was the talk of the day," says 26-year-old Chikumira. Tall, dark and sporting an untidy beard, he is dressed lightly for the morning chill that grips Gweru's CBD, wearing a long-sleeved blue shirt and navy trousers. With him is Tatenda Mabuza* (24), a relative, who, Chikumira says, is the reason he is an hour late for the rendezvous, a fast-food outlet, which is still empty save for the few waiters cleaning the floors. As an apology he pats Mabuza on the back, saying, "He'll also tell you all that you need to know about Marange," as we huddle around a brown table in a corner.

It was in June 2006 that diamonds were first discovered by villagers in Marange, a rural area of Chiadzwa, 90km south-west of Mutare in eastern Zimbabwe. Between 2006 and 2008 Mutare, the third-largest city in the country, became the hub of an illicit diamond trade for thousands of local and foreign diamond panners. Stretching over 16'000 ha of parched and hilly land, Chiadzwa had an influx of panners, known to locals as omakorokoza, descending on the 70ha Marange -- the new El Dorado. An Israeli-based diamond consultancy, Tacy Ltd, has estimated that the Marange diamond fields have the potential to supply a quarter of the world's diamonds. One local diamond industry executive with intimate knowledge of the Marange fields recently told the Mail & Guardian that he estimates the value of diamonds there to be in excess of three billion carats.

It was De Beers, through its subsidiary Kimberlitic Searches Ltd, who held the exploration rights, the exclusive prospective order (EPO), over the Marange diamond fields since the early 1980s. But they released the rights in March 2006 after evaluating Marange's largely alluvial diamond deposit as being unsuitable for its own portfolio. Africa Consolidated Resources (ACR), a local mining company founded by black and white Zimbabweans in 2005 and listed on the London Stock Exchange (LSE), acquired the EPO from De Beers. But the government cancelled ACR's mining rights just a few months later, citing "an error in issuing it"; it is widely understood that the company's listing on the LSE -- and its ties to Britain -- were behind the government's revoking of the licence.

After cancelling ACR's rights, the government encouraged "enterprising individuals" to mine for diamonds at Marange and to sell their finds to the state-run Minerals Marketing Corporation of Zimbabwe (MMCZ), in what observers saw as an attempt by Zanu-PF to garner popular support during an economic meltdown, causing a free-for-all to descend on the fields. This laid the foundation for an intricate network of smuggling and diamond dealing by what Human Rights Watch (HRW) has estimated to be some 15'000 diamond panners in cahoots with security personnel. The cash-strapped MMCZ, unable to compete with the bustling parallel market that offered lucrative prices to the panners, relied on police

assistance in Operation Chikorokoza Chapera (loosely translated as an end to illegal panning) in November 2006 to stop what the government had then begun to call "illegal" diamond panning in Marange.

"We used to operate as a syndicate, a group of six to nine people, each time we made the trip to the diamond fields," says Chikumira. These syndicates allowed for security and the delegation of duties, divvying up jobs as look-outs as well as digging for diamonds. Panners would have to make the last leg of their journey on foot, using the forest for protection to avoid the many police road-blocks; for Chikumira and Mabuza and their group, it was a 35km walk from rural Masvingo.

Diamond panners at Marange practised artisanal mining, which involved digging and sifting through mud, gravel and river-bank alluvial deposits, using bare hands, shovels, picks and sieves. Although a primitive method of mining, this subsistence form of diamond production is used in countries like Sierra Leone, where artisanal mining is the second-largest form of employment after farming, contributing more than 50% of GDP and export earnings. The Diamond Development Initiative, an international organisation based in Canada and dedicated to improving the conditions of artisanal mining, estimates that artisanal miners produce between 10% and 15% of all diamonds that go into the jewellery shops of London, Tokyo, Paris and New York.

A trip to the diamond fields would normally last between two and four weeks. The group would carry nothing more than the essentials: mealie-meal to cook sadza (pap), biltong for relish, drinking water and five-litre Cairn tins to use for pots. Rudimentary digging equipment included picks, shovels and a metal rod sharpened at the end to chip away at rocks. According to Mabuza, the metal rod was also often used to kill the vicious dogs sent in by police. "Many panners were afraid of those dogs more than they were of the police, because once the dogs were told to bite, it would just come after you. At times the police shot in the air to scare us off the field, but we didn't really mind their guns and for most of us the sound of gunfire was like music, an encouragement to work even harder. But once you heard dogs barking, you would run."

As immunity against the police raids, a syndicate enlisted one or two policemen to watch over them and advise when it was safe to go into the field. "The police had a timetable for conducting raids on the fields and as long as we kept the police happy through bribes then we would always be safe," says Mabuza. Officers were given a cut of between \$100 and \$150, police would rake in thousands of dollars from the different syndicates, adding heartily to their monthly salaries of \$150. Chikumira and Mabuza both say that the police were "much better" than the army, deployed in October 2008 to rid Chiadzwa of diamond panners. A three-week offensive by the military, Operation Hakudzokwi (no return), left an estimated 214 panners dead, according to HRW, in what has continued to be the centre of controversy over whether Marange diamonds are "blood diamonds" or not. A flush of fear is visible on Chikumira's face as he speaks about the military and says softly: "Those guys don't take nonsense."

If you work with them they get more than half of what you sell and leave the syndicate to share what's left over."

In its June 2009 report, *Diamonds in the Rough: Human Rights Abuses in the Marange Diamond Fields of Zimbabwe*, HRW noted that the army's presence in Chiadzwa was to "quell the discontent among its rank and file". Amid all the panning, bribery and violence on the diamond fields a bustling trade market emerged; "Mbare Musika" was nicknamed after Harare's famous market. There, you could get anything: consumables, chicken, soft drinks, rice, shovels, hammers, torches and the essential services of osiphatheleni, the illegal foreign currency dealers. "And even women," says Mabuza, adding that it was during the diamond rush that many people got infected with HIV/Aids. For many diamond panners the wanton danger of having unprotected sex is a minor hazard compared with the difficult and dangerous mining efforts at Marange.

Although mining for diamonds at Marange may have been a team effort, how the bounty was hidden was up to the individual, testing the panners' aptitude for innovation. "The most common method was to roll up the stones in brown paper and put them in a small plastic pack and pocket it. But this was really unsafe especially during police searches as they could easily find the stones," says Chikumira. More innovative ways included opening up one's shoe soles and stuffing the stones in there, then sewing up the soles. Mabuza says: "People always bought a fresh pair of shoes just for that reason to hide their diamonds in. It was always funny seeing someone with a new pair of shoes in the forest, but it was better than losing your diamonds." Others stuffed the diamonds inside loaves of bread or sewed them into the hems of clothing; some swallowed the stones. "Other people had the guts to keep the stones underneath their tongue and could talk to police officers with the stones hidden there," says Mabuza.

But selling the Marange diamonds was easy. "The stones were sold at per carat and the buyers often set their own prices after seeing the quality of the stones that you had. If your stone was cloudy and had cracks it definitely wouldn't fetch much," says Chikumira. On average most of the stones ranged between eight and 12 carats, with minimum offers at \$50 a carat. "One rare stone of 26 carats was once found by a man in the field and he was paid \$7'000 for it and also given a T-35 truck by some buyers," he says. But barter trade was a common practice at Marange, with miners getting houses and luxury 4x4s in exchange for their stones. "It was not unusual to see ei-

Major gem-trading group bans Zim diamonds

A major gem-trading group on Monday banned the sale of diamonds from Zimbabwe's Marange mines, saying the watchdog Kimberley Process could not guarantee they were not "blood diamonds". The US-based Rapaport Group, one of the world's largest gem-trading networks, said it would expel any traders who knowingly sold diamonds from Marange, despite a decision by the UN-sanctioned Kimberley Process to allow Zimbabwe to proceed with an auction of some of the diamonds last week.

ther a Navara or Landcruiser in Marange as the big chefs [bosses] from Harare would come down to buy diamonds," says Mabuza.

A diamond industry source who traded in Marange diamonds says: "Buyers tended to make price offers for the stones as the panners really didn't know the true value of their diamonds. One could always bargain on prices as they [panners] were just interested in selling off their finds." It was after ACR's mining licence was withdrawn that the full-scale commercial exploitation of the Marange fields was taken up by the state-owned Zimbabwe Mining Development Company, in a joint venture with two Zimbabwean companies: Mbada Holdings and Canadile Mining. Shrouded in controversy, the companies have a complex shareholding structure that includes trusts, South African and Mauritian-based individuals and companies. Among the shareholders is the South African scrap metal company, New Reclamation Group (NRG); insurance giant Old Mutual holds a 5.2% stake in NRG. The awarding of the mining rights last year to companies with little diamond mining experience by Obert Mpofu, Zimbabwe's mines minister, was a subject hotly contested by the country's Parliament. But it was overshadowed by the government's desperation to start generating revenue from Marange.

Recent estimates presented to government project that Marange can provide \$200-million in monthly revenue for the state. But last week, during his mid-term budget speech, Finance Minister Tendai Biti confirmed that Marange diamond sales of \$30-million this year were unaccounted for by the treasury, exposing the loose controls in the diamond sector. Despite the controversy surrounding the diamonds in Marange, however, Zimbabwe was recently given the green light by the Kimberley Process Certification Scheme to sell a portion of its stockpile of five million diamonds at an estimated market value of \$1.7-billion.

For the panners who once operated there, however, life in Marange is a time better forgotten. "I really don't wish to live like that again ... there are so many risks involved and I'm just lucky to be still alive," says Chikumira. Mabuza is content with leading a normal life with his new wife and child: "I just want to be with my family now and not in the forest."

*Not their real names

(Mail and Guardian Online (UK), 23 July 2010)

"[We] will not tolerate the use of our trading networks for the distribution of diamonds involved in human rights violations," said a statement from chairperson Martin Rapaport. "RapNet, the Rapaport Diamond Trading Network, will not allow the trading of any diamonds sourced from Marange, Zimbabwe. Members found to have knowingly offered Marange diamonds for sale on RapNet will be expelled and their names will be publicly communicated."

The Zimbabwean military seized control of the Marange fields in late 2008, forcing out tens of thousands of small-

scale miners and killing about 200, according to human rights groups. Soldiers then beat and raped villagers to force them to mine the gems in early 2009, the groups say. Kimberley Process monitors last month ruled that abuses at Marange had stopped and allowed cash-starved Zimbabwe to hold an auction for stones mined during the last two months. But Rapaport, an industry firebrand which has sharply criticised the Kimberley Process, said

Secret diamond auction

Zimbabwe held a secret auction of diamonds from its Marange fields, where the army has been accused of forced labour and torture, an official said on Tuesday. "Yes, the sales were carried out this weekend," said Secretary for Mines Thankful Musukutwa, without giving further details. The auction on Saturday and Sunday was supervised by Abbey Chikane, the monitor from the international Kimberley Process watchdog, another official said on condition of anonymity.

The Kimberley Process is charged with preventing the sale of blood diamonds used to fuel armed conflicts, but in November the regulator banned sale of the gems from Marange after its investigators found soldiers had beaten nearby residents and forced them to mine the stones. The weekend sale was the second and last auction authorised by Kimberley until its investigators certify that the military has ended rights abuses in the fields near the Mozambi-

EU banks ban Zim diamond transactions

Zimbabwe's beleaguered diamond industry suffered another setback this week after two major European banks announced they would not finance any transactions involving gems from the southern African country. ABN Amro and the Antwerp Diamond Bank (ADB) said "reputational issues" would not allow them to fund any of their clients involved in diamond deals with Zimbabwe. Chairman of the ADB executive committee Pierre de Bosscher told the Mines to Market Conference that ended India last Wednesday that Zimbabwe transactions would remain until the country is removed from the US Office of Foreign Assets Control (OFAC) blacklist.

OFAC is an agency of the United States Department of the Treasury under the auspices of the Under Secretary of the Treasury for Terrorism and Financial Intelligence. It administers and enforces economic and trade sanctions based on US foreign policy and national security goals against targeted foreign states, organisations and individuals. "We will not finance diamond transactions with Zimbabwe while it is still on the OFAC list, under an EU trade embargo as well as a number of other such issues," De Bosscher said. He added: "We are not willing to even finance roundabout transactions in South African rands or Hong Kong dollars, because this isn't good for the transparency of the industry."

the watchdog group could not guarantee the mining of the stones was free of violence. "There is no assurance that diamonds with [Kimberley Process] certification are free of human rights violations," he said.

(Johannesburg, Mail and Guardian, 16. August 2010, Sapa-AFP)

can border. "We will not be releasing the quantity or amount that was generated because these were private sales by private companies," Musukutwa said. "No other country in the world releases their sales figures or quantities. When it comes to the issues of diamonds we must be careful as a country because of the sensitivity of the issues associated with them."

Zimbabwe said the military no longer runs the fields and has contracted operations at Marange to two little-known South African firms, Mbada Diamonds and Canadile Miners. A third company linked to a Chinese firm has also been allowed to operate there. The first Kimberley-backed sale generated about \$30-million, according to government figures. Canadile miners has begun constructing a multimillion-dollar cutting and polishing centre in the country. Representatives from the companies operating from Marange refused to comment.

(Harare, Mail and Guardian Online (UK), 14 Sept. 2010)

The same sentiments were echoed by the chief executive of ABN Amro's International Diamond & Jewellery Group, Victor van der Kwast. Zimbabwe has been trying to regain the confidence of the international diamond industry following the controversy sparked by human rights abuses



allegedly committed by the army at the Marange fields to the east of the country. Key Western markets have banned stones from the controversial fields, even after the industry watchdog Kimberley Process had cleared mining operations at the site.

(Harare, Zimonline, 15 October 2010)

Zivilgesellschaft

Woza and Moza commemorate international peace day with street protest in Harare – 83 arrested

At noon today, 600 members of Women and Men of Zimbabwe marched to Parliament in Harare to mark International Peace Day. 25 members were arrested at Parliament (most of them handing themselves in) and taken to Harare Central Police Station. 58 more handed themselves in in solidarity with their arrested comrades after marching from Parliament to Harare Central. Zimbabwe Lawyers for Human Rights have confirmed that the total arrested is 83, both women and men. They will spend the night in custody even though police officers are still not sure what charges to prefer or if they even have a case against the activists as most handed themselves in.

The aim of the peaceful protest was to highlight community safety issues and police behavior in communities. When the peaceful group arrived at Parliament, they handed over a list of demands for members of the Zimbabwe Republic Police, the Police Commissioner and the co-Ministers of Home Affairs to police officers stationed outside Parliament. Two members addressed the peaceful group outside Parliament explaining that tomorrow (21st September) is International Peace Day and using the example of the violence at COPAC consultations over the weekend to illustrate how Zimbabweans have little experience of peace. They called on the Zimbabwe Republic Police to allow Zimbabweans to be able to give their views of what they want in a new Constitution without violence and called on police to arrest those that threatened others or used violence. Bystanders were overheard supporting the protestors – commenting on the violence shown by police officers in recent weeks and how police officers should be ashamed of themselves for not being the ones to keep the peace.

WOZA members have been worried about the performance and professionalism of our police officers for some

76 women and seven men released this morning

The 76 women and seven men released this morning after two nights in horrific conditions in Harare Central are all suffering from aches and pains and upset stomachs. 10 people required medical treatment for various ailments including dysentery. Lazarus Mandondo required treatment for severe headaches as he was beaten across his head with baton sticks and made to stand on his head for several hours. Several people are still in the process of being checked and the whole group will be monitored for developing conditions. It also transpires that a nine-month-old baby was in custody with her mother. It is being investigated why the mother and child were not released earlier. Both mother and baby are still due to be checked by a medical professional.

The group testified to appalling conditions in cells. Clara Manjengwa and Lillian Ntefula, both of whom spent six days in custody in April, confirm that conditions are much

time. As a result, WOZA has observed their behavior in select communities in Bulawayo and Harare for four months. WOZA members observed police officers beating suspects in public; harassing vendors and taking their goods for their own use, without any receipting; demanding and accepting bribes, both in public and at police stations; drinking in uniform in public, sometimes stopping to drink while escorting suspects who will be under arrest and making people under arrest 'run' in front of their motor bikes and/or horses to the police station. In Bulawayo, many police officers refuse to respond to citizens' complaints if they speak in the Ndebele language, insisting they speak in Shona. 75% of people whose rights were violated during arrest reported damages, injuries and or loss of property. These incidents are common when one is arrested by the plain-clothed and municipal police. The investigations done during the four months is just a small part of what is happening and are a reflection of a poor relationship between police and the community. It is clear that police officers routinely violate human rights and do not follow proper protocols of arrest and detention. In this regard, they are not following the Zimbabwe Police Act, the ZRP Service Charter and ZRP Service Standards as well as regional and international standards and instruments.

These arrests come after many constitutional consultations in Harare over the weekend were marred by violence from ZANU PF youth. It is unclear how many, if any, of these violent youths have been arrested and yet 83 peace activists, asking police to work together with them to promote community safety, are the ones that have been arrested.

WOZA is currently suing the co-Ministers of Home Affairs over the filthy and inhumane conditions in Harare Central Police Station. By all accounts, conditions have not improved and are still soiled with human waste. Please phone Harare Central Police Station on +263 4 777777 to demand that the WOZA activists be released immediately.

(Woza, 20 September 2010)

worse now than in April. None of the cells, male or female, are in use due to their filthy state requiring all detainees to stay in the passages, which are equally dirty. Over 120 women and over 150 men were squashed in their respective passages. The toilets were not working and in the female cells, no water was available. When the WOZA women asked for cleaning materials so that they could clean their section, they were given a mop but no water. In the male cells, an officer, Moyo, would spray the male prisoners with a hose pipe and make them sing and dance along to a song played on his cell phone. If anyone did not comply, they would be beaten. The WOZA and MOZA activists were also verbally abused by officers. Yesterday, after refusing to pay admission of guilt fines, they were forced to eat their dinner and breakfast this morning in a room filled with human waste 'to fix them for thinking that they have money'

WOZA condemns the prolonged detention of the 83 activists, including a baby, in inhumane conditions, their degrading treatment, the torture of Lazarus Mandondo and the arbitrary arrest of Jenni Williams. The demonstra-

Jahresbeitrag 2010 *

Wir danken den Mitgliedern der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, die ihren Jahresbeitrag bereits bezahlt haben. Wir bitten jene, die noch keine Möglichkeit dazu gehabt haben, vom beiliegenden Einzahlungsschein Gebrauch zu machen. Besten Dank im Voraus.

- 30 Fr. für Einzelpersonen
- 50 Fr. für Familien
- 100 Fr. für Organisationen

Mit ihrem Beitrag ermöglichen sie es der Vereinigung, ihre Aktivitäten weiterzuführen und den Kontakt und Austausch zwischen SchweizerInnen und ZimbabweerInnen zu fördern.

* All jene, die den Jahresbeitrag schon einbezahlt haben, können diese Aufforderung ignorieren.
If you have paid your annual fee, please ignore this request.

Annual Membership Fee 2010 *

We thank the members of the Swiss-Zimbabwean Friendship Association who have paid their annual membership fee. We kindly ask those who have not yet had an opportunity to do so to make use of the enclosed paying-in slip.

- 30 Swiss francs for individuals
- 50 Swiss francs for families
- 100 Swiss francs for collective members

With your contribution you enable the Association to continue with its activities and to enhance contacts and exchange between Swiss and Zimbabwean nationals.

tions earlier this week were to highlight police abuses and the concerns of ordinary Zimbabwean citizens about safety in their communities. The behaviour of police towards the women and men of WOZA, human rights defenders exercising their constitutional right to speak out about issues concerning them, only serves as further proof of our concerns. Attempts on the part of WOZA leadership last week to meet with the Commissioner of Police, Augustine Chihuri to discuss the concerns of WOZA members about community safety and to hand over a list of demands were denied by his refusal to meet with WOZA. ...

(WOZA, 22 September 2010)

Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika KEESA

Joe Elsener

Die Fussball-WM 2010 in Südafrika bot der KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika) eine willkommene Gelegenheit, zusammen mit interessierten Organisationen das Thema "Unfinished Business of Apartheid" in einer breiteren Öffentlichkeit zu thematisieren. Viele Menschen in der Schweiz realisierten zum ersten Mal, dass sich die Lebensumstände für die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung auch nach dem Ende der Apartheid nicht verbessert haben. Die Weltmeisterschaft hat wohl den Südafrikanerinnen und Südafrikanern ein neues Selbstbewusstsein gegeben; sie hat aber weder das erhoffte Einkommen noch die voraus-

gesagten bleibenden Arbeitsplätze gebracht. Die Milliarden-Investitionen, die zum Nutzen der in Armut lebenden Mehrheit hätten anders eingesetzt werden können, hinterlassen einen belastenden Schuldenberg.

Die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Organisationen in der Schweiz vor und während der Fussball WM hat sie in ihrer Aufgabe bestärkt, die unbewältigte Vergangenheit aufzuarbeiten, weiter für die Rechte der Opfer einzutreten und Reparationen von den Profiteuren der Apartheid zu fordern.

Das Anliegen, dass Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen, zu denen sie mit ihrer Geschäftstätigkeit beigetragen haben, gerichtlich bestraft werden können, hat einen Rückschlag erlitten: In den USA wurde eine entsprechende Klage gegen ein solches Unternehmen abgewiesen: Das Unternehmen könne grundsätzlich nicht haftbar gemacht werden. Der Entscheid könnte auch für die seit Jahren anstehenden Apartheidklagen einen negativen Einfluss haben.

(Luzern, 19. Oktober 2010)

Unsere Quellen sind u.a.:

- www.reliefweb.int/IRIN
- www.zwnews.com
- www.daily-news.co.za
- www.allafrica.com/zimbabwe
- www.TheSaladmagazine.com
- www.thezimbabwean.co.uk
- www.zimbabwenetzwerk.de
- www.theregionalcatalyst.org
- www.kubatana.net
- www.zimbabwesituation.com
- www.wozazimbabwe.org
- www.youthforum.org.zw
- www.changezimbabwe.com
- www.thezimbabwetimes.com
- www.zimonline.co.za

Dandemutande Listserve:

email@dandemutande.org

Impressum:

Vereinigung Schweiz-Zimbabwe / Swiss-Zimbabwean Friendship Association
c/o J. Brogli, Postfach 62, 6405 Immensee
PC 40-16370-6

Redaktion: Gertrud Baud, Joe Brogli

Fotos: E. Matare: S. 3, 6, 15, 18; P. Walsh: S. 9, 12

Layout: Joe Brogli, Gertrud Baud

Druck: Bethlehem Mission Immensee

Versand: Joe Brogli